

AUSGABE 3 2014

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE-MAGAZIN



Sonderthema:
**Vereint im Kampf gegen
Korruption**

Überblick »



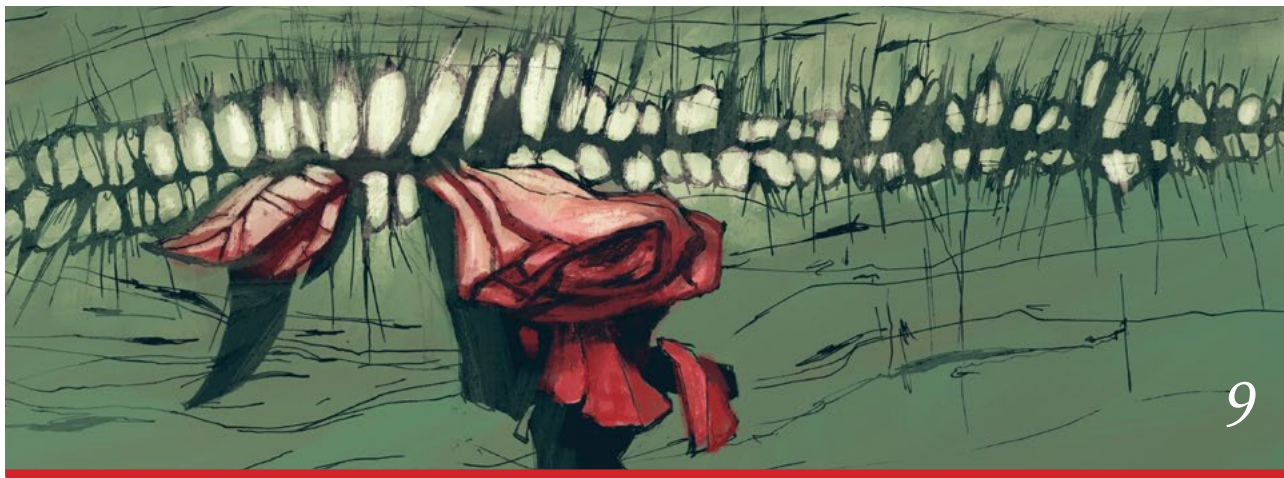
1 **Ukraine** Update zur Reaktion der OSZE auf die Ukraine-Krise. _6

2 **Rom** Wissenschaftler beiderseits des Mittelmeers kamen zusammen, um das Forschungsnetzwerk New-Med zu gründen und die Diskussion der OSZE mit ihren südlichen Partnern mit neuem Leben zu erfüllen. _24

3 **Almaty, Kasachstan** Anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag des Bestehens des zentralasiatischen Jugendnetzwerks der OSZE berichten Jugendliche aus Zentralasien, der Mongolei und Afghanistan, wie das Netzwerk ihr Leben verändert hat. _32

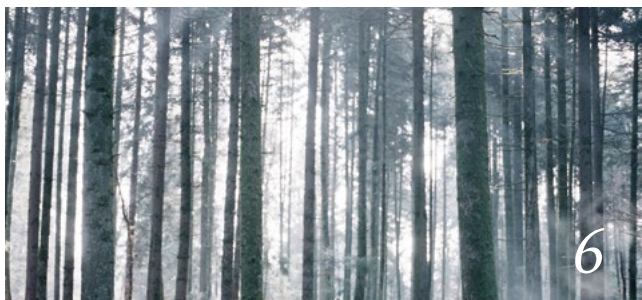
4 **Bosnien und Herzegowina** Örtliche Bündnisse gegen Hass schreiben hasserfüllte Aussagen in konstruktive Botschaften bürgerlicher Solidarität um. _33

INHALT » Ausgabe 3/2014



#OSZE_4

Die OSZE in der Ukraine _6



SONDERTHEMA: VEREINT IM KAMPF GEGEN KORRUPTION_9

Die OSZE und ihre Partner _10

Die unsichtbaren Kosten der Korruptionsbekämpfung _22



DEBATTE: FÜR EINEN NEUEN MITTELMEERRAUM _24

Der Dialog mit dem Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit _25

Der Konnex Sicherheit und Governance _26

Kann der Helsinki-Prozess als Vorbild dienen? _27

Tunesien: Demokratisierung auf Kurs _28

Helfer aus Leidenschaft _29



LESERFORUM _31

AUS DEM FELD

Mission in Bosnien und Herzegowina:

Dem Hass neue Methoden entgegensetzen _33

AUSLESE _37

#

OSZE

Der Anziehungskraft des Extremismus widerstehen

Frauen können ein starkes Gegengewicht gegen die Anziehungskraft bilden, die von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus ausgeht. Die OSZE-Teilnehmerstaaten sondieren, wie sie sich das für ihre Strategien zunutze machen können, zuletzt bei einem hochrangigen Seminar am 21. und 22. Oktober in Wien. „In Afghanistan habe ich erlebt, dass Mütter ihre Söhne, die sich den Aufständischen angeschlossen hatten, dazu brachten, den Kampf einzustellen, die Waffen niederzulegen und an einem Reintegrationsprogramm auf Gemeindeebene teilzunehmen,“ sagte Eileen O’Connor, Stellvertretende Leiterin der Abteilung des US-Außenministeriums für süd- und zentralasiatische Angelegenheiten, in ihrem Impulsreferat; nachzulesen unter:

www.osce.org/secretariat/120964

Wenn Terroristen durch Geiselnahme Lösegeld erpressen

Wie haben Staaten eine Chance, im Ausland entführte Bürger sicher nach Hause zurückzubringen, ohne mit Lösegeldzahlungen die Kriegskassen der Terroristen zu füllen? Die OSZE-Teilnehmerstaaten kamen zu dem Schluss, dass es dafür einer ganz engen Zusammenarbeit bedarf. Bei der OSZE-weiten Terrorismusbekämpfungskonferenz des Vorsitzes im April in Interlaken (Schweiz) und bei einem OSZE/UNODC-Seminar am 16. und 17. September in Valletta (Malta) erörterten sie, auf welche Weise dieses Dilemma anzugehen sei. Die Empfehlungen des Vorsitzes sind unter folgendem Link abrufbar:

www.osce.org/cio/118156

Sicherheitstag zum Thema Wasserdiplomatie

„Wir stolpern heute auf völlig neuen Wegen in schmutzige Kriege und haben dabei offenbar auf den Weg zum Frieden vergessen. Da das Thema Wasser so große Bedeutung hat, kann die Auseinandersetzung damit auch einen Weg zum Frieden eröffnen. Die OSZE hat die einzigartige Chance, mit der Schaffung einer Plattform für eine eigenverantwortliche Wasserpolitik eine wichtige Rolle dabei zu spielen,“ sagte SKH Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien beim Sicherheitstag der OSZE zum Thema „Die Rolle der OSZE in der Wasserdiplomatie“ am 8. Juli 2014 in Wien.

Grenzüberschreitende Umweltrechte

Im Rahmen der Aarhus-Konvention der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa helfen 56 von der OSZE unterstützte Aarhus-Zentren den Bürgern dabei, ihr Recht auf Zugang zu Informationen, auf Beteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auszuüben. Das Netzwerk baut derzeit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf. Am 30. Juni 2014 kamen Mitarbeiter der AarhusZentren aus vierzehn Ländern im Rahmen der fünften Tagung der Vertragsparteien der AarhusKonvention in Maastricht zum Austausch praktischer Erfahrungen zusammen. Am 12. September nahmen die Aarhus-Zentren in Osch (Kirgisistan) und Chudschand (Tadschikistan) ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung gemeinsamer Herausforderungen im Umweltbereich auf.

Max-van-der-Stoel-Preis

Für den Mut, mit dem die NGO Spravedlivost aus Dschalalabat in der angespannten Situation im Juni 2010 während und nach den ethnischen Zusammenstößen im südlichen Kirgisistan für Minderheiten eingetreten war, erhielt sie am 2. Oktober in Den Haag den Max-van-der-Stoel-Preis des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Spravedlivost (auf Deutsch „Gerechtigkeit“) führt ein Monitoring der Verhältnisse in Justizvollzugsanstalten durch und sorgt dafür, dass Opfer von Folter und Misshandlung Rechtsbeistand und ärztliche Behandlung erhalten.

www.osce.org/hcnm/124326

Zivilgesellschaft gegen Folter

Unter dem Leitmotiv „Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen“ veranstaltete der Schweizer Vorsitz in diesem Jahr vier regionale Zivilgesellschafts-Konferenzen in Belgrad, Wien, Duschambe und Tiflis. Das Ergebnis dieser Konferenzen wird in Form von Empfehlungen der parallel zum Ministerrat in Basel stattfindenden Zivilgesellschaftskonferenz der OSZE vorgelegt. Die dringende Notwendigkeit, Folter und Misshandlungen in Justizvollzugsanstalten ein für alle Mal ein Ende zu machen, zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) veranstaltete im April ein Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zu demselben Thema. „Obwohl Folter in den OSZE-Verpflichtungen und internationalen Instrumenten absolut geächtet ist, wird diese Straftat im OSZE-Raum nach wie vor begangen“, erläuterte die Leiterin der Menschenrechtsabteilung des ODIHR, Snježana Bokulić.

Meilensteine

Der **OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit**, der die Rolle der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften regelt, ist zwanzig Jahre alt. Die revolutionäre Bedeutung des lange als unerkannter Schatz unter den OSZE-Dokumenten gehandelten und am 3. Dezember 1994 in Budapest verabschiedeten Kodex findet heute zunehmend Anerkennung, auch außerhalb des OSZE-Raums. Im vergangenen Jahr wurde er ins Arabische übersetzt. Der Verhaltenskodex kann unter folgendem Link nachgelesen werden: www.osce.org/fsc/41355

Die OSZE hat die Zuständigkeit für das **Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle**, dem bei der Schaffung von Frieden und Stabilität in Südosteuropa eine Schlüsselrolle zukam, zur Gänze in die Hände der Vertragsparteien Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien gelegt. Die erfolgreiche Erfüllung des Artikels IV von Anhang 1-B des Friedensvertrags von Dayton und die Beendigung des Mandats des Persönlichen Beauftragten für Artikel IV des Amtierenden Vorsitzenden, derzeit Generalmajor Michele Torres aus Italien, wird beim Ministerrat in Basel mit einem Festakt feierlich begangen. ■



Die OSZE in der Ukraine

Juni bis November

Vermittlung und Verhandlung

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Schweizer Bundespräsident und Außenminister Didier Burkhalter, setzt seine Bemühungen auf Präsidenten- und Ministerebene um eine Lösung des Konflikts in der Ukraine auf diplomatischem Wege fort. Generalsekretär Lamberto Zannier bemüht sich weiter um den Abbau der Spannungen durch politische Kontakte, unter anderem durch Gespräche auf hoher Ebene mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat, der NATO und der OVKS. Diese Kontakte laufen parallel zum ständigen Austausch zwischen den 57 Teilnehmerstaaten in Wien.

Die trilaterale Kontaktgruppe bestehend aus der Ukraine, Russland und der OSZE, letztere vertreten durch die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini, unterzeichnete am 5. September das Minsker Protokoll, in dem die Bedingungen für eine Waffenruhe und einen politischen Prozess zur Beilegung der Krise festgelegt wurden. Das am 19. September zwischen der trilateralen Kontaktgruppe und Vertretern bestimmter Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk vereinbarte Minsker Memorandum skizziert in großen Zügen Schritte zur Absicherung der Waffenruhe.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE hat die Schaffung einer interparlamentarischen Kontaktgruppe für die Ukraine in die Wege geleitet, in der sich russische, ukrainische und andere Parlamentarier gemeinsam um eine Deeskalation der Krise bemühen sollen.

Die Sonderbeobachtermission

Das am 21. März 2014 einstimmig beschlossene Mandat der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) wurde im Juli 2014 verlängert und läuft nun bis März 2015. Die Beobachter sind in Kiew, Cherson, Odessa, Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Charkiw, Donezk, Dnipropetrowsk, Czernowitz und Luhansk stationiert.



Mitte November bestand die Mission aus 300 internationalen Beobachtern aus über 40 Teilnehmerstaaten und etwa 130 Ortskräften. Rund die Hälfte der Beobachter ist im Osten des Landes im Einsatz. Vier Beobachter aus dem Donezk-Team und vier aus dem Luhansk-Team, die Ende Mai in Wahrnehmung ihres Auftrags von Separatisten gefangengenommen worden waren, kamen Ende Juni wieder frei.

Nach dem tragischen Abschuss von Flug MH17 der Malaysian Airlines am 17. Juli waren Mitglieder der OSZE-Sonderbeobachtermission die Ersten, die Zugang zur Absturzstelle erhielten. Dank ihrer Vermittlungsbemühungen konnten in der Folge ukrainische, malaysische, niederländische und australische Experten die Absturzstelle untersuchen und Tote bergen.

Die Beobachter haben die Aufgabe, unter Einhaltung der Grundsätze der Unparteilichkeit und Transparenz über die Sicherheitslage zu berichten und einen Dialog aufzunehmen. Ihre täglichen Berichte finden sich auf der öffentlichen OSZE-Website. Laut dem Minsker Protokoll sollen sie die Waffenruhe überwachen, wozu auch die Beobachtung der Aktivitäten des vom ukrainischen Verteidigungsministerium in Zusammenarbeit mit Russland eingerichteten Gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination gehört.

Am 23. Oktober setzte die SMM erstmals unbemannte Luftfahrzeuge zur Unterstützung bei der Erfüllung ihres Auftrags ein.

Die Beobachtermission

Am 24. Juli beschlossen die 57 Teilnehmerstaaten einstimmig, eine Beobachtermission an die zwei russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk an der Grenze zur Ukraine zu ent-

senden. Damit folgte die OSZE einer Einladung der Russischen Föderation, die diese nach der Berliner Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine vom 2. Juli ausgesprochen hatte. Die Beobachtermission nimmt ihre Aufgabe, grenzüberschreitende Bewegungen an den beiden Kontrollposten zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten, unparteiisch und auf transparente Weise wahr. Die wöchentlichen Berichte der Beobachtermission werden auf der OSZE-Website veröffentlicht.

Wahlbeobachtung

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) gab am 30. Juni den Abschlussbericht mit seinen Feststellungen anlässlich der Beobachtung der Präsidentenwahlen in der Ukraine vom 25. Mai heraus.

Das ODIHR und die Parlamentarische Versammlung der OSZE entsandten über 700 Langzeit- und Kurzzeitbeobachter zu den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 26. Oktober. Am Tag nach der Wahl gaben sie eine gemeinsame Erklärung mit ihren Erkenntnissen und Schlussfolgerungen ab. Der Endbericht des ODIHR wird im Dezember erscheinen. →

Verifikation militärischer Aktivitäten

Wie im Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im militärischen Bereich vorgesehen, führen die Teilnehmerstaaten seit Beginn der Krise Besuche und Inspektionen durch und ersuchen um Konsultationen in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten. Seit 1. Mai 2014 haben 18 Teilnehmerstaaten 12 Verifikationsaktivitäten in der Ukraine durchgeführt: eine Inspektion gemäß Kapitel IX „Einhaltung und Verifikation“ sowie 8 Inspektionen und 3 Überprüfungsbesuche gemäß Kapitel 10 „Regionale Maßnahmen“.

Rechte und Freiheiten

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte setzt sich weiter für die Stärkung der Institutionen und den Schutz der Menschenrechte in der Ukraine ein. Dazu veranstaltete es im Anschluss an seine Mission zur Beurteilung der Menschenrechtssituation in der Ukraine Konsultationen mit der Zivilgesellschaft und Schulungen in Menschenrechtsmonitoring; es unterstützte Rechtsreformen und die Abfassung von Gesetzestexten durch die Bereitstellung von Experten und beobachtete die Lage der von der Krise betroffenen Roma.

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten, Astrid Thors, beobachtet weiterhin Spannungen zwischen ethnischen Gruppen und steht der ukrainischen Regierung als Beraterin zur Verfügung, vor allem in Fragen der Sprachenpolitik. Ihr Team beteiligte sich an der Wahlbeobachtung und arbeitet mit der SMM zusammen. Ihre größte Sorge gilt der

zeit den Menschenrechtsverletzungen auf der Krim und der Notwendigkeit gemeinsamer Institutionen, die das Vertrauen aller Bürger genießen.

Die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, beobachtet weiter die Medienfreiheit und insbesondere Bedrohungen für die Sicherheit von Journalisten in der Ukraine. Seit Juni gab sie mehr als 15 öffentliche Erklärungen ab. Ihr Büro veranstaltete zwei Gesprächsrunden über die Sicherheit von Journalisten, an denen Vertreter der ukrainischen und der russischen Journalistengewerkschaft teilnahmen.

Ständige Präsenz

Der OSZE-Projekt Koordinator führte auf Ersuchen ukrainischer Partner weiter Projekte zur Erhöhung der Stabilität des Landes durch, die teilweise eine Fortsetzung des in der ersten Jahreshälfte durchgeführten Projekts für einen nationalen Dialog waren.

Das Büro des Projekt Koordinators unterstützte die Hauptwahlbehörde bei der Produktion von zwei TV- und drei Radioeinschaltungen, in denen der Öffentlichkeit und insbesondere Vertriebenen erläutert wird, wie man sich in die Wählerlisten für die vorgezogenen Parlamentswahlen eintragen lässt. Es bildete online Wahlleiter aus und ließ über 260 000 Handbücher und Ablaufdiagramme drucken.

Zum Schutz von Kindern und anderen Zivilisten vor Verletzungen durch nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel veranlasste das Büro Rundfunkdurchsagen über Sicherheitsvorkehrungen, führte praktische Ausbildungen für die Normen für humanitäre Minenräumung durch und stellte Schutz ausrüstung für Mitarbeiter zur Verfügung, die in den vom Konflikt betroffenen Gebieten tätig sind.

Der Projekt Koordinator sorgte für

die Fortbildung von Richtern und anderen Vertretern von Rechtsberufen im Umgang mit Wahlanfechtungen und Fällen von Menschenrechtsverletzungen und ermöglichte wichtige Diskussionen unter Juristen über die Reform der Strafrechtspflege und Verbesserungen des Menschenrechtsmonitoring im Gefolge der Krise. Sein Büro machte Mitarbeiter des staatlichen Sicherheitsdienstes mit internationalen Praktiken vertraut, durch die der Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung sichergestellt werden soll.

Angesichts der erhöhten Gefahr von Menschenhandel in der Ostukraine verteilte das Büro in Zusammenarbeit mit NGOs Informationsmaterial. Es veranstaltete in Kiew, Odessa und Charkiw Kurse und Diskussionen über Regeln zur Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten sowie über Medienethik in Krisensituationen. ■

Dieser Bericht ist eine Fortsetzung des Artikels „Die OSZE in der Ukraine“ in der Ausgabe 2/2014 der Sicherheitsgemeinschaft. Die neuesten Entwicklungen entnehmen Sie der öffentlichen Website der OSZE www.osce.org.



Sonderthema:
**Vereint
im Kampf
gegen
Korruption**

O Rose thou art sick.
The invisible worm,
That flies in the night
In the howling storm:
Has found out thy bed
Of crimson joy:
And his dark secret love
Does thy life destroy.

- William Blake

Mit einem seiner rätselhaftesten Gedichte, der kranken Rose, soll William Blake seiner Verachtung für die korrupte englische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts Ausdruck verliehen haben..

Vereint im Kampf gegen Korruption

Die OSZE und ihre Partner

ALS HUGUETTE LABELLE, die ehemalige Vorstandsvorsitzende von *Transparency International* und gegenwärtige Vorsitzende von *Business for Good Governance* des Globalen Paktes der Vereinten Nationen, am 23. Oktober auf dem OSZE-Treffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension das Wort ergriff, nannte sie einige eindrucksvolle Zahlen: „In Ländern mit weit verbreiteter Korruption beenden weniger als 50 Prozent der Kinder die Grundschule. – In Ländern, in denen uns mehr als 60 Prozent der Bevölkerung berichten, dass sie sich den Zugang zu wesentlichen Versorgungsleistungen mit Schmiergeldzahlungen erkaufen müssen, sterben 482 Frauen von 100 000 im Kindbett. Wenn weniger als 30 Prozent der Menschen sagen, sie mussten Schmiergeld zahlen, sinkt diese Zahl auf 45 Frauen von 100 000.“

Große Überzeugungsarbeit musste sie bei diesem Publikum nicht leisten. Die OSZE-Teilnehmerstaaten sehen schon seit der Jahrhundertwende eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Bekämpfung jeder Form von Korruption. Ihre Dubliner Erklärung von 2012 enthält einen Katalog von Fragen, die sie einzeln und gemeinsam mit Partnern angehen wollen: Geldwäsche, Offenlegung von Vermögen, politisch exponierte Personen und Wiedererlangung von Vermögenswerten. Dieses Jahr beraten sie über die weitere Verstärkung des Mandats der OSZE und insbesondere des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, aber auch der Feldoperationen in Bezug auf Prävention.

Der Zusammenhang zwischen Korruption und Sicherheit liegt auf der Hand. Wie Labelle in ihrem Vortrag sagte:

Wenn man die Konflikte der letzten Jahre näher betrachtet, mögen viele Faktoren dazu beigetragen haben, doch war eine allen gemeinsame Ursache immer Korruption. Korruption tötet. Das Gegenmittel lautet Good Governance, eine tragende Säule des Sicherheitskonzepts der OSZE. Labelle zitierte aus dem Entwicklungsbericht 2011 der Weltbank: „In Ländern mit verantwortungsvoller Regierungsführung, wo die Menschen an der Gesellschaft und der Wirtschaft teilhaben können, wo transparent, redlich und unter Beachtung der Rechenschaftspflicht regiert wird, dort ist das Konfliktrisiko um 30 bis 45 Prozent geringer“, erklärte sie.

Auf den folgenden Seiten berichten Vertreter von Organisationen, mit denen die OSZE in Partnerschaft oder Synergie die Korruption bekämpft, – das Büro der Vereinten Nationen zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung, die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Transparency International* und die Internationale Anti-Korruptionsakademie – jeweils über einen Bereich, in dem sie tatsächlich etwas verändert haben.

Andrei Muntean, der Leiter der Gruppe Governance im Wirtschaftsbereich im OSZE-Sekretariat, erklärt, warum die stärkere Konzentration auf Präventionsarbeit kompliziert, aber außerordentlich wichtig ist. (Seite. 19).

Das letzte Wort hat der Sozialwissenschaftler Ivan Krastev, der uns in Erinnerung ruft, dass Anti-Korruptionsstrategien eine starke Arznei sind, die nur unter Bedachtnahme auf mögliche Nebenwirkungen und missbräuchliche Verwendung verabreicht werden darf. (Seite. 22).

„Wir können eine Änderung bewirken, wenn es uns gelingt, die Menschen zum Umdenken zu bewegen.“

Dmitri Vlassis

Organisation der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

KANN MAN DER KORRUPTION EIN FÜR ALLE MAL EIN ENDE MACHEN? Ich bin sicher, dass ich das nicht mehr erleben werde. Es wird einen Generationenwechsel brauchen. Aber ich meine, wir können eine Änderung bewirken, wenn es uns gelingt, die Menschen zum Umdenken zu bewegen. Wir müssen uns verstärkt auf Prävention konzentrieren und massiv in Bildung investieren.

Im UNODC haben wir vor einigen Jahren ein Programm entwickelt, das für Hochschulen bestimmt ist. Die Idee entstand im Zuge einer Umfrage, die wir gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der *International Bar Association* durchführten, bei der sich herausstellte, dass nicht einmal 35 Prozent der Unternehmensjuristen (Anwälte, die Unternehmen beraten) von der Existenz des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) wussten. Daraufhin entwickelten wir ein aus zwei Modulen bestehendes Hochschulprogramm.

Das erste Modul bezeichnen wir als „Themenmenü“, aus dem Institutionen – nicht nur Rechtsfakultäten, sondern auch Fakultäten für Wirtschaftswissenschaft oder Verwaltung –

auswählen und davon ausgehend ihre eigenen Lehrveranstaltungen entwickeln können. Wir haben eine Liste von inzwischen über 1 700 Quellen (wissenschaftliche Artikel, Bücher, Dokumente) erstellt, die alle kostenlos online verfügbar sind.

Das andere Modul ist ein eigenständiger, kompletter Lehrgang auf Grundlage des UNCAC. Dieser Lehrgang wird heute bereits an rund zwei Dutzend Universitäten weltweit angeboten und ebenfalls kostenlos zur Verfügung gestellt.

Zusammenarbeit

Wir unterhalten eine außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit mit der OSZE. In der Frühphase des UNCAC machte sich die OSZE ihre Fähigkeit zunutze, ihren großen Teilnehmerkreis zu mobilisieren, um für das Übereinkommen zu werben, und schon bald danach konnten wir einen sprunghaften Anstieg der Ratifikationen und Beitritte durch OSZE-Teilnehmerstaaten feststellen. Eine weitere Stärke der OSZE ist ihre Feldpräsenz, und wir haben mit unseren gemeinsamen praktischen Ausbildungsveranstaltungen, vor allem in Zentralasien, sehr gute Erfahrungen gemacht.

ZUM ÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN GEGEN KORRUPTION

Eine äußerst rege Verhandlungstätigkeit um die Jahrhundertwende führte zur Verabschiedung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und der zwei dazugehörigen Protokolle im Jahr 2000, des Schusswaffenprotokolls im Jahr 2001 und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) im Jahr 2003. Alle diese Verhandlungen wurden von Dimitri Vlassis begleitet. Er erläutert, warum das UNCAC so wichtig ist. →

„Erstens ist es das einzige weltweit gültige Übereinkommen gegen Korruption. Es knüpft an regionale Bemühungen an, die weltweit unternommen wurden, allen voran Lateinamerika mit dem Inter-amerikanischen Übereinkommen gegen Korruption, dann der Europarat, gefolgt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und schließlich, mehr oder weniger zeitgleich mit dem UNCAC, das Übereinkommen der Afrikanischen Union. Und es war auch eine Folge der Verhandlungen zum Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Der zweite Grund ist sein breit ausgelegter Ansatz. Wir haben darauf verzichtet, eine Definition von Korruption in den Text aufzunehmen, und uns stattdessen bewusst für einen deskriptiven Zugang entschieden. Unter den Begriff „Amtsträger“ fällt im Wesentlichen jede Person, die eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt, was auch Parlamentsabgeordnete, andere Personen, die durch Ernennung oder Wahl ein Amt innehaben, sowie Mitglieder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen einschließt.

Drittens enthält es ausführliche Bestimmungen betreffend die internationale Zusammenarbeit, von denen einige im Grunde die allgemeine internationale Zusammenarbeit in Strafsachen, wie etwa Auslieferungen und gegenseitige Rechtshilfe, fördern. Es ist die einzige internationale Übereinkunft, die ein eigenes Kapitel über die Abschöpfung von Vermögenswerten enthält, dessen Verhandlung sich sehr schwierig gestaltete. Es begründet die Schlüsselprinzipien, mit deren Hilfe die Länder Ressourcen und

Vermögenswerte, die von korrupten Politikern außer Landes geschafft wurden, aufspüren und schließlich wiedererlangen können.

Schließlich wurde es noch durch einen funktionsfähigen Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung ergänzt. Die Verhandlungen über den Überwachungsmechanismus waren oft mühsamer als die für das Übereinkommen selbst. Der Mechanismus ist das Ergebnis der Erfahrungen, die Länder mit ähnlichen Mechanismen, etwa mit GRECO und der OECD-Arbeitsgruppe gegen Bestechung, gesammelt haben, aus denen einige Elemente wie zum Beispiel das Konzept der Peer-Review übernommen wurden. Es ist der erste Mechanismus, der so viele Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und einer Vielzahl von Rechtssystemen erfasst. Er funktioniert nun schon seit vier Jahren, und zwar sehr gut. Ihm sind viele Informationen und Analysen zu verdanken, aber auch viele praktische Aktivitäten vor Ort, etwa Rechtsreformen, Gesetze und Aktionspläne.“ ■

Dimitri Vlassis ist Leiter der UNODC-Unterabteilung Korruption und Wirtschaftskriminalität. Er begleitete die Verhandlungen zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC).

„Es ist an der Zeit, dass Politiker und politische Parteien sich selbst gegenüber dasselbe Demokratiebewusstsein an den Tag legen, wie wir es von ihnen gegenüber ihrer Wählerschaft erwarten.“

Wolfgang Rau

Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO)

POLITISCHE PARTEIEN erfüllen eine außerordentlich wichtige demokratische Funktion. Durch sie wird der Wille des Volkes normalerweise zum Ausdruck gebracht. Doch ihre Legitimität steht und fällt mit dem Vertrauen der Bürger, das erschüttert wird, wenn Politiker und Parteifunktionäre in ganz Europa die von ihnen erwarteten Verhaltensnormen mit Füßen treten – sei es um gegenüber dem politischen Gegner zu punkten, aus Eigeninteresse oder zum Vorteil ihnen nahestehender Personen. Wir müssen uns die Werte und Grundsätze, die das Fundament unserer Demokratien bilden, wieder nachdrücklich in Erinnerung rufen, wenn wir etwas gegen die sinkende Wahlbeteiligung und den Zulauf zu populistischen politischen Bewegungen und Parteien, deren demokratische Gesinnung höchst fragwürdig ist, unternehmen wollen.

Die Förderung von Integrität unter Parlamentsabgeordneten ist eine erste Maßnahme. GRECO fordert von allen Parlamentariern in Europa, „Interessenkonflikte“ besser zu erkennen und offen, transparent und ordnungsgemäß damit umzugehen. Sie müssen klare Regeln für ihr Verhalten und betreffend die finanzielle Auskunftspflicht verabschieden. Und sie müssen vernünftige Durchsetzungsmechanismen schaffen, durch die sichergestellt wird, dass sie ihren Bürgern Rechenschaft für ihr Verhalten schulden.

Eine weitere Maßnahme, der wir große Bedeutung beimessen, ist die Forderung einer transparenter-

en Parteienfinanzierung. Die Evaluierung der Umsetzung der bahnbrechenden „Empfehlungen über gemeinsame Regeln gegen Korruption bei der Finanzierung von politischen Parteien und von Wahlkämpfen“ von 2003 durch GRECO ergab ein uneinheitliches Bild. Manche Länder reagierten rasch und positiv auf die Kritik der Gruppe an den bestehenden Finanzierungsvorschriften, andere nicht; einigen wurden sogar spezielle Verfahren zur Einhaltung der Standards vorgeschrieben.

Wenn sich Politiker und politische Parteien diesen Problemen nicht stellen, verlieren sie in den Augen der Wähler, ob jung oder alt, ihre Legitimität. Es ist an der Zeit, dass sie das Parteidenken hinter sich lassen und beweisen, dass sie bei der Führung der Partei ebenso demokratisch vorgehen können, wie wir das von ihnen in Bezug auf ihre Wähler erwarten.

Zusammenarbeit

Der Europarat/GRECO, die OSZE und andere internationale Organisationen müssen noch intensiver zusammenarbeiten, um den politischen Willen zu echten Reformen zu mobilisieren. Die Botschaft zu verbreiten, indem man das Bewusstsein der Regierungen, nationalen Parlamente, der Zivilgesellschaft und der Medien für die Fragen, um die es geht, schärft, wird die Dynamik entwickeln helfen, die es braucht, um die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen.

WAS IST GRECO?

GRECO ist das Monitoring-Organ des Europarats für die Korruptionsbekämpfung mit Sitz in Straßburg. Wolfgang Rau erklärt:

„GRECO“ ist das französische Akronym für „Staatengruppe gegen Korruption“. Die Mitgliedschaft steht allen 47 Mitgliedstaaten des Europarats und Nichtmitgliedstaaten gleichberechtigt offen, und insbesondere jenen, die an der Gründung der GRECO beteiligt waren. Das erklärt, warum die Vereinigten Staaten und Belarus Mitglieder sind und warum Kanada und der Heilige Stuhl willkommen sind, falls sie beizutreten wünschen. GRECO begann 1999 mit zehn Mitgliedern, heute sind es 49.

GRECO wurde gegründet, um die Normen des Europarats für die Korruptionsbekämpfung durch einen geeigneten und nachhaltigen Monitoring-Mechanismus zu ergänzen. Bisher haben vier Evaluierungsrunden stattgefunden. Jede Länderevaluierung wird von einem Team von Evaluierungsfachleuten durchgeführt, die von Mitgliedstaaten benannt werden. Dabei werden die von dem geprüften Staat zur Verfügung gestellten Informationen einer ersten Überprüfung unterzogen und anschließend bei einem Länderbesuch verifiziert und ergänzt. Der abschließende Bericht wird samt den dazugehörigen Empfehlungen von allen GRECO-Mitgliedern eingehend geprüft und anschließend angenommen. Es ist gängige Praxis, dass die Mitglieder der Veröffentlichung des Berichts zustimmen. Dieser letzte Punkt ist wichtig und wertet die Arbeit von GRECO zusätzlich auf; es ist eine Mischung aus gewissenhafter Prüfung, wohlüberlegten Empfehlungen und Gruppendruck. Der Evaluierungsbericht und die späteren Compliance Reviews, bei denen überprüft wird, was zur Umsetzung der Empfehlungen unternommen wurde,

liefern außerordentlich nützliche Referenzdokumente für externe Akteure und Beobachter, auch aus der Wirtschaft.

Die am 1. Januar 2012 aufgenommene vierte Evaluierungsrunde von GRECO ist der „Korruptionsprävention in Bezug auf Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte“ gewidmet. In den vorhergehenden drei Runden befasste sich GRECO mit einem breiten Themenspektrum wie Korruptionsbekämpfungsorganen, Immunität von Amtsträgern als mögliches Hindernis im Kampf gegen Korruption, der Schutz von Personen, die ihren Korruptionsverdacht intern zuständigen Stellen oder extern den Behörden melden („Whistleblowers“), die Einziehung von Korruptionserträgen, die Tatbestandsmerkmale von Korruption und – ein eminent wichtiges Thema – die Transparenz der Finanzierung von politischen Parteien und von Wahlkämpfen. ■

Wolfgang Rau ist Exekutivsekretär der GRECO. Alle Aussagen in diesem Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

„Die Präsenz von NGOs bei den Monitoringtreffen ändert das Diskussionsklima.“

Olga Savran

Anti-Korruptionsnetzwerk für Osteuropa und Zentralasien (ACN) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

REGIERUNGEN SIND sicherlich die wichtigsten Teilnehmer und Informationslieferanten des Anti-Korruptionsnetzwerks, doch müssen wir unbedingt auch die Zivilgesellschaft ins Boot holen. Wenn wir in ein Land gehen, planen wir immer eine eigene Sitzung für NGOs ein. NGOs nehmen auch am Monitoringtreffen teil, bei dem die ganze ACN-Gruppe die Monitoringberichte erörtert und verabschiedet. Dadurch ändert sich das Diskussionsklima ganz grundlegend.

Letztes Jahr haben wir damit begonnen, Parallelberichte („Schattenberichte“) von NGOs in unseren Monitoringprozess aufzunehmen. Wir halten zweimal im Jahr Plenarsitzungen in Paris ab, bei denen in der Regel zwei Monitoringberichte verabschiedet werden und alle anderen Länder Fortschrittsberichte abgeben. Bis letztes Jahr verlasen die Länder einfach je einen Kurzbericht über das, was sie seit dem letzten Treffen unternommen hatten. Das wollten wir durch Hinzunahme eines Elements der gegenseitigen Evaluierung (*Peer Review*) ändern. Wir ersuchten Experten, diese Fortschrittsberichte zu überprüfen, und luden dazu auch interessierte NGOs ein.

Die *Chapter* von *Transparency International* für die Ukraine und Georgien erstellten ihre eigenen Schattenberichte zu den jeweiligen Fortschrittsberichten ihrer Länder. Das war außerordentlich aufschlussreich. Anhand von lediglich zehn Seiten Text kann man nur schwer beurteilen, ob die beschriebenen Fortschritte tatsächlich stattgefunden haben, während der Bericht einer NGO spürbar werden lässt, was sich tatsächlich vor Ort verändert hat.

Ausgehend von dieser guten Erfahrung haben wir einen Praxisleitfaden für zivilgesellschaftliches Monitoring ausgearbeitet, den auch andere NGOs verwenden

können. Wir veranstalten auch Fortbildungskurse für NGOs in Tadschikistan und Kirgisistan über Schattenmonitoring. Zweck der Übung ist es, dass die NGOs die von der Regierung bei der Umsetzung unserer Empfehlungen gemachten Fortschritte aus ihrer Sicht bewerten sollen, was den evaluierenden Fachkollegen (*Peer Reviewers*) eine objektivere Beurteilung der Lage ermöglicht.

Zusammenarbeit

Die OSZE ist seit 2003 unser verlässlicher Partner; wir ergänzen einander sehr gut. Die OSZE hat Feldoperationen in den von uns evaluierten Ländern, was wir nicht haben, und verfügt über bessere politische Kontakte auf hoher Ebene. Wir bieten Expertise und Erfahrung in der Korruptionsbekämpfung. Wenn wir ein Seminar organisieren, können wir Vortragende stellen und Hintergrundmaterial und Berichte vorbereiten. Die OSZE hat ebenfalls erfahrene Leute an der Hand und, was sehr wichtig ist, sie kann die weiteren Entwicklungen vor Ort verfolgen.

„Wir arbeiten gemeinsam an themenbezogenen Studien. So haben wir zum Beispiel gemeinsam Veranstaltungen zum Thema Offenlegung von Vermögensverhältnissen in Serbien und Kirgisistan organisiert und gemeinsam eine Publikation dazu herausgebracht. Gemeinsam haben wir letztes Jahr in Jurmala und dieses Jahr in Tirana in Zusammenarbeit mit dem UNDP hochrangige Expertenseminare über Korruptionsprävention abgehalten. OSZE-Außenstellen waren Gastgeber von Treffen mit der Zivilgesellschaft und haben sogar deren Teilnahme an unseren Plenarsitzungen in Paris finanziert.“

DAS ACN

Das Anti-Korruptionsnetzwerk für Osteuropa und Zentralasien (ACN) ist das Outreach-Programm der OECD-Arbeitsgruppe gegen Bestechung und wurde 1998 bei einem Seminar in Istanbul gegründet. Es ist eine Initiative, an der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen aus Reformstaaten sowie alle internationalen Partner, die in der Korruptionsbekämpfung aktiv sind, teilnehmen können; für die Teilnahme gilt eine Politik der offenen Tür. Die Tätigkeit des ACN umfasst drei Bereiche: Monitoring, themenbezogene Überprüfungen und das Strafverfolgungsnetz. Olga Savran erklärt, was das ACN-Monitoringprogramm so einzigartig macht:

„Unser Monitoringprogramm – der sogenannte Aktionsplan von Istanbul – ist ein freiwilliger subregionaler Peer-Review-Mechanismus, den wir 2003 ins Leben gerufen haben. Derzeit gehören ihm die Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Mongolei sowie Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Ursprünglich war keines dieser Länder von einem internationalen Monitoringinstrument erfasst.

Wir überprüfen nur neun Länder und das in nunmehr zwei Sprachen. Diese Länder haben ähnliche Traditionen und Probleme. Im Gegensatz zum UNODC, das für weltweites Monitoring zuständig ist, können wir viel mehr in die Tiefe gehen.

Anders als UNODC oder GRECO, die Überprüfungen zu konkreten Themen durchführen, sehen wir uns jedes Mal sämtliche Themenbereiche an, die mit der Korruptionsbekämpfung zu tun haben. Alle zwei oder drei Jahre besuchen wir ein Land, nehmen seine Anti-Korruptionspolitik und seine Strafverfolgungs- und Präventivmaßnahmen unter die Lupe und geben Empfehlungen ab. Und

einige Jahre später kontrollieren wir, was davon umgesetzt wurde. Damit können wir regelmäßigen, gezielten Druck auf die Länder ausüben. Es ist sehr wichtig, sie nicht in Ruhe zu lassen. Man muss ständig dort sein.

Unser Monitoring hält sich genau an die OECD-Methodik für Peer Reviews: Wenn wir ein Land evaluieren, zum Beispiel Tadschikistan, bringen wir eine Gruppe von Regierungsvertretern aus anderen Ländern mit – etwa einen Staatsanwalt aus Lettland und einen Sachverständigen für Korruptionsprävention aus Armenien. Und diese Fachkollegen (Peers) führen die Bewertung durch und geben Empfehlungen ab.

Was unser Monitoring kennzeichnet, ist die sofortige Veröffentlichung der Berichte. Die UNODC-Länder veröffentlichen nur Auszüge aus den sie betreffenden Berichten. Bei GRECO müssen die Länder der Veröffentlichung zustimmen. Für uns gilt die OECD-Regel: Wir veröffentlichen alle Berichte sofort nach ihrer Annahme.

Fallstudie: Ukraine

Die Ukraine war von Anfang an ACN-Mitglied und beteiligt sich auch am Monitoring gemäß dem Aktionsplan von Istanbul. Die dritte Monitoringrunde hat mit einem Länderbesuch vom 17. bis 21. November begonnen; der Monitoringbericht wird dem ACN im März 2015 auf seinem Monitoringtreffen zur Annahme vorgelegt. Das Justizministerium der Ukraine hat die Funktion des Nationalen Koordinators übernommen. *Transparency International Ukraine* koordiniert die NGO-Beiträge zum Monitoring, die Amerikanische Handelskammer in der Ukraine koordiniert die Beiträge der Wirtschaft und die EU-Delegation fasst die Beiträge der internationalen Partner zusammen. Dieses Monitoring wird wichtige Erkenntnisse über

die Fortschritte seit 2011 zutage fördern und Gelegenheit geben, neue Empfehlungen für die Ukraine in der gegenwärtigen schwierigen Lage auszuarbeiten.

Neben der regionalen Tätigkeit verfügt das ACN auch über ein Länderprogramm für die Ukraine. Vor etwa sieben Jahren beteiligte sich das ACN an der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, mit dem innerhalb der Strafvollzugsbehörden der Ukraine ein eigenes Büro für Korruptionsbekämpfung zur Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Korruptionsfällen auf höchster Ebene geschaffen werden sollte. Das ACN verfasste außerdem ein Handbuch für Beamte der Strafverfolgungsbehörden über Finanzermittlungen in komplexen Korruptionsfällen. Bisher war nicht der nötige politische Wille zur Verabschiedung des Gesetzes oder auch nur zur konsequenteren Durchsetzung der Korruptionsbekämpfungsgesetze vorhanden. Im Oktober 2014 jedoch verabschiedete das Parlament der Ukraine das Gesetz zur Schaffung des Anti-Korruptionsbüros. Das ACN wird nun sein Programm so ausrichten, dass die Ukraine Hilfe bei der Einrichtung dieser neuen Dienststelle und ihrer Inbetriebnahme erhält. Außerdem wird das ACN die Strafverfolgungsbeamten in der Untersuchung und Verfolgung komplexer Korruptionstatbestände wie Bestechung ausländischer Amtsträger und Korruption durch juristische Personen praxisnah ausbilden.“ ■

Olga Savran ist die Leiterin des Anti-Korruptionsnetzwerks der OECD für Osteuropa und Zentralasien.

„Die Wirtschaft ist mächtig und unter Umständen entscheidend für den Erfolg der Korruptionsbekämpfung.“

Huguette Labelle

Huguette Labelle, ehemalige Vorstandsvorsitzende von *Transparency International*

WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN AUF DER GANZEN WELT HABEN ENORME MACHT und können die Bekämpfung von Korruption gelingen oder scheitern lassen. Nehmen wir zum Beispiel das öffentliche Beschaffungswesen: Wenn sich Firmen eines bestimmten Sektors absprechen und Regierungsaufträge untereinander aufteilen, kann das sehr teuer werden. Und wenn ein Teil des Geldes unter dem Tisch bezahlt wird, wer weiß dann schon, wo es landet?

Heute tun sich führende Großkonzerne immer öfter zusammen, weil sie zu dem Schluss gekommen sind, dass saubere Geschäfte und eine saubere Geschäftsführung zu ihrem eigenen Vorteil sind. Bei *Transparency International* haben wir unter der Bezeichnung „Geschäftsgrundsätze für die Bekämpfung von Korruption“ einen Katalog von Normen entwickelt, der inzwischen gemeinsam mit der Sonderausgabe für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) intensiv genutzt wird.

Im Globalen Pakt der Vereinten Nationen (UN Global Compact – UNGC) bin ich Kovorsitzende der Initiative „Unternehmen für Rechtsstaatlichkeit“, die mit Unternehmen daran arbeitet, dass sie nicht nur gegenüber allen ihren Anteilseignern und Kunden integer handeln können, sondern den Regierungen auch die Erwartung vermitteln, dass diese bei der Verwaltung des Eigentums der Allgemeinheit höchste Integrität walten lassen. Wenn es gelingt, die führenden Unternehmer eines Wirtschaftszweigs, sei es in der Bauwirtschaft, der Informationstechnologie oder der Schifffahrt, zur Zusammenarbeit zu animieren, dann können diese versuchen, ihre Kollegen ins Boot zu holen,

TRANSPARENCY INTERNATIONAL

1993 beschloss der ehemalige Weltbankmanager Peter Eigen gemeinsam mit einigen Mitstreitern, den Kampf gegen Korruption aufzunehmen, und gründete dazu *Transparency International*. Die weltweite, politisch unabhängige Bewegung mit ihrem internationalen Sekretariat in Berlin will eine Welt erschaffen, in der es keine Korruption auf Ebene der Regierungen, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft und im täglichen Leben der Menschen mehr gibt. Mit ihren mehr als 100 *Chapters* auf der ganzen Welt arbeitet sie mit Partnern aus Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft an der Einführung wirksamer Anti-Korruptionsmaßnahmen. ■

um sich mit ihnen zu einem Integritätsbündnis zusammenzutun.

Wir haben im UNGC 7000 Mitgliedsunternehmen und in vielen Teilen der Welt lokale Netzwerke. Mit ihrem Beitritt bekennen sich die Unternehmen zu zehn Prinzipien in den Bereichen Menschenrechte, Arbeit, Umwelt und Korruption. Das zehnte Prinzip verpflichtet sie, „Korruption in all ihren Formen, einschließlich Erpressung und Bestechung, zu bekämpfen“. Wenn sie sich nicht daran halten, werden sie ausgeschlossen. Und Investoren werden das hoffentlich bemerken.

Investoren sehen sich immer genauer an, wem sie ihr Geld geben. Sie wollen ihr Risiko minimieren, gute Renditen erzielen und gleichzeitig einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten – Vorteile auf allen Linien.

Zusammenarbeit

Sieht man sich die OSZE-Erklärung von Dublin aus der Sicht von *Transparency International* näher an und lässt dabei Titel und Autor außer Acht, könnte man sich fast fragen, ob sie nicht aus unserer Feder stammt. Uns liegen Sicherheit und Good Governance gleichermaßen am Herzen und wir treten für einen ähnlichen Ansatz ein. Es besteht also eine natürliche Synergie. *Transparency International* hat *Chapters* in den meisten der 57 OSZE-Länder und wir sind Seite an Seite mit ihren Feldoperationen vor Ort. Wir arbeiten mit denselben multilateralen Institutionen. Auf Französisch sagen wir: „*Il y a des atomes crochus*“ – die Chemie zwischen uns stimmt.

Huguette Labelle war von 2005 bis 2014 Vorstandsvorsitzende von *Transparency International*. Sie gehört dem Board des Globalen Paktes der Vereinten Nationen an und ist Kovorsitzende der Initiative „Unternehmen für Rechtsstaatlichkeit“.

Die Internationale Anti-Korruptionsakademie

Die Internationale Anti-Korruptionsakademie (IAKA) in Laxenburg (Österreich) ist mit ihren 60 Teilnehmern einschließlich dreier internationaler Organisationen sowohl ein Hochschulinstitut als auch eine zwischenstaatliche Organisation. Kurz nach ihrer Gründung unterzeichnete die IACA am 28. März 2011 ein Memorandum of Understanding mit der OSZE, in dem die beiden Seiten übereinkamen, gemeinsam Good Governance zu fördern und Korruption zu bekämpfen.

Die IAKA verfolgt in ihrer Aufklärungsarbeit über die Korruptionsproblematik einen holistischen Ansatz. 2012 führte sie ihren ersten internationalen interdisziplinären berufsbegleitenden Studiengang *Master in Anti-Corruption Studies* ein. Sie veranstaltet auch Sommerkurse und andere Schulungen, fördert Forschungsarbeiten und bietet eine Plattform für Dialog und Vernetzung.

Notizen von einem Sommerkurs

von Ruth Pojman

Es war mir schon lange klar, dass korrupte Praktiken oft Wegbereiter des Menschenhandels sind, und als man mir von den Sommerkursen „für Praktiker, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft“ der IAKA erzählte, nutzte ich die Gelegenheit und besuchte im Sommer 2012 einen 10tägigen Kurs, um mehr über Methoden der Korruptionsbekämpfung und ihre Anwendung im Kampf gegen den Menschenhandel zu erfahren.

Wir waren 50 Teilnehmer aus der ganzen Welt, Vertreter von Regierungen, Anti-Korruptionskommissionen und NGOs. Es gab interaktive und anregende Vorlesungen, Diskussionsrunden und Übungen zum Thema Korruption im Zusammenhang mit internationalen Normen, Ethik, organisierter Kriminalität, Medien und illegalem Handel und ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen in verschiedenen Regionen der Welt: Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die wichtigste Erkenntnis aus dem Kurs war für mich als OSZE-Angehörige, dass es viele Synergien zwischen unseren beiden Organisationen und zwischen der Bekämpfung von Menschenhandel und Anti-Korruptionsaktivitäten gibt. In beiden Bereichen geht es darum, ob Menschen sich für den richtigen oder den falschen Weg entscheiden, und beide haben mit Machtmissbrauch zu tun. Am Verhalten von Menschen lässt sich nur schwer etwas ändern, doch müssen wir uns gemeinsam darum bemühen, dass die Täter nicht länger ungestraft davonkommen, sondern zur Rechenschaft gezogen und vor Gericht gestellt werden.

Ruth Pojman ist Stellvertretende Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels im OSZE-Sekretariat in Wien.



Das komplexe ethische Dilemma, das oft bei den Bemühungen um die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels entsteht, war Gegenstand der 14. Hochrangigen OSZE-Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel am 4. und 5. November 2014 in Wien. Mehr dazu unter www.osce.org/secretariat/126350

„Der schwierige Weg besteht darin, das soziale Verhaltensmuster von Grund auf so zu verändern, dass Korruption nicht nur als illegal, sondern auch als unethisch und unmoralisch gilt.“

Andrei Muntean

Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA)

GOOD GOVERNANCE IST DAS ZIEL, das viele Länder nach wie vor anstreben. Das bedeutet transparente und rechenschaftspflichtige Regierungen, und dazu müssen die Mitglieder der Gesellschaft in die Lage versetzt werden, an der Haushaltsplanung mitzuwirken, sie zu kontrollieren und in den Genuss ihrer Ergebnisse zu kommen, in Form von Sozialleistungen, Gehältern, Ruhestandbezügen und anderen Produkten. Wenn auf Versprechungen keine Taten folgen, beginnen die Menschen in der Regel, ihre Regierung der Korruption zu verdächtigen.

Was kann man als Regierung dagegen tun? Eine Möglichkeit besteht darin, Personen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, zu verhaften und zu bestrafen. Damit lassen Regierungen die Gesellschaft und neue Mitarbeiter staatlicher Institutionen wissen, dass der Missbrauch öffentlicher Gelder eine strafbare Handlung ist. Aber das ist der einfache Weg.

Der schwierigere Weg ist jener, den Länder wie Singapur und Hong Kong seit den 1960er Jahren beschreiten: das soziale Verhaltensmuster von Grund auf so zu verändern, dass Korruption nicht nur als illegal, sondern auch als unethisch und unmoralisch gilt. Doch das praktisch umzusetzen, ist für viele Länder außerordentlich schwierig.

Deshalb unterstützt die OSZE die Teilnehmerstaaten bisher hauptsächlich bei den strafrechtlichen Aspekten der Korruptionsbekämpfung.

Wir haben Ländern schon erfolgreich bei der Verbesserung ihrer Rechtsvorschriften und beim Aufbau ihrer Kapazitäten zur Korruptionsbekämpfung geholfen. Hier ein Beispiel: Gemeinsam mit der Weltbank haben wir mehrere Länder dabei unterstützt, ihre eigene nationale Risikobewertung durchzuführen und Regierungsbeamten die Augen für Schlupflöcher in ihrer öffentlichen Wirtschaft zu öffnen, die sich potenzielle Geldwäscher zunutze machen können. Wir veranstalten Workshops und Schulungskurse, geben Leitfäden heraus und fördern den Austausch vorbildlicher Praktiken zwischen den Teilnehmerstaaten. Manche Initiativen sind erfolgreicher als andere, abhängig von der Notwendigkeit oder vom Wunsch eines Landes, die Hilfe der OSZE in Anspruch zu nehmen. Ein erfolgreiches Beispiel ist die Einrichtung eines Ressourcenzentrums für Good Governance in Aschabat in diesem Jahr.

Aber Bildung und Austausch sind nicht alles. Sie sind wichtig, aber es braucht mehr. Die Auswirkung von Veröffentlichungen oder Veranstaltungen, sogar von Veranstaltungsreihen verpuffen häufig. Wenn Beamte mit bewährten Praktiken vertraut gemacht werden, heißt das nicht automatisch, dass sie auch bereit sind oder es ihnen gestattet wird, sie in ihrem eigenen Land oder ihrer eigenen Dienststelle anzuwenden. Wir müssen andere Modelle der Partnerschaft mit Teilnehmerstaaten finden, um Korruption zu bekämpfen.

Die OSZE-Außenstellen sind hier ein großes Plus. Unsere Kollegen in anderen Organisationen halten unsere Präsenz vor Ort für eine unserer größten Stärken. Sowohl das Sekretariat als auch die Feldoperationen könnten über einen regelmäßigen Dialog über das konkrete Angebot der OSZE ihre Interaktion mit den Ländern und Delegationen verstärken. Die Ukraine ist ein gutes Beispiel: 2014 hat sich der Dialog zwischen dem Sekretariat, dem Projektkoordinator in der Ukraine und dem Gastland, unter anderem aufgrund des zunehmenden Interesses der Ukraine an der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche, erheblich intensiviert.

Wir könnten den Privatsektor mit ins Boot holen und das Expertenwissen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Geldwäsche und Bestechung mit demjenigen auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung sowie dem Banksektor verknüpfen. Wir könnten auch mit der Öffentlichkeit arbeiten, Informationskampagnen, Diskussionsrunden und Fokusgruppen durchführen. Die Menschen müssen begreifen, dass es wirtschaftliche, soziale und psychologische Gründe gibt, warum eine Gesellschaft ohne Korruption auf längere Sicht für alle die bessere ist.

Wir haben viel getan, damit Staaten Korruptionsfälle besser aufklären und diese vor Gericht bringen und der Spur des aus illegalen Aktivitäten stammenden Geldes folgen können, um die Einziehung dieser illegal erworbenen Vermögen zu erleichtern. Aber alle diese Maßnahmen greifen erst, wenn es bereits zu Korruption gekommen ist. Wir müssen im Vorfeld von Korruption tätig werden. Nach erfolgter Tat die Finanzhelfer zu unterstützen, ist relativ einfach: Was sie brauchen sind Verfahren, Programme und Kodizes. Prävention ist umfassender, komplexer, schwerer zu verstehen. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir es schaffen. ■

AAndrei Muntean ist Erster Wirtschaftsreferent und Leiter der Gruppe Governance im Wirtschaftsbereich im OCEEA des OSZE-Sekretariats.

DIE OSZE IM KAMPF GEGEN KORRUPTION

Die Teilnehmerstaaten sehen in der Korruption eine Bedrohung nicht nur ihrer Stabilität und Sicherheit, sondern auch ihrer gemeinsamen Werte. Für das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) hat die Korruptionsbekämpfung in den Teilnehmerstaaten oberste Priorität. Laut der Erklärung von Dublin hat es folgende Aufgaben:

- Förderung der Ratifizierung und Umsetzung internationaler Übereinkommen wie des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC)
- Förderung des Dialogs und des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Methoden auf regionaler Ebene
- Aufbau von Kapazitäten zur Korruptionsbekämpfung und Durchführung von Schulungen für Vertreter staatlicher Behörden, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft
- Entwicklung von Lehr- und Lernmaterial und Abhaltung von Kursen über internationale Verpflichtungen zum Thema Korruption und bewährte Methoden der Korruptionsbekämpfung; unter anderem über Korruptionsprävention, Offenlegung und Wiedererlangung von Vermögenswerten, Verhaltenskodizes für Beamte und institutionelle Strukturen zur Korruptionsbekämpfung. Es befasst sich sowohl mit zentralen als auch lokalen Regierungsstellen. Bei allen diesen Tätigkeiten arbeitet das OCEEA eng mit anderen OSZE-Institutionen, Abteilungen und Feldoperationen sowie mit Partnerorganisationen zusammen.

OSZE-DOKUMENTE GEGEN KORRUPTION

- | | |
|------|--|
| 1999 | Europäische Sicherheitscharta |
| 2003 | OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension (Maastricht-Strategie) |
| 2004 | Ministerratsbeschluss über die Bekämpfung der Korruption |
| 2012 | Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Erklärung von Dublin) |

Aus den OSZE-Feldoperationen

Zentralasien

Zentrum in Aschgabat: Neues Ressourcenzentrum eingerichtet

„Im Mai dieses Jahres unterstützte das Zentrum in Aschgabat die Einrichtung eines Ressourcenzentrums für Good Governance, das im Gebäude des Finanzministeriums untergebracht ist. Es soll der Regierung eine wirksamere Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und die Einhaltung der Grundsätze einer guten Regierungsführung ermöglichen. Hier sollen Informationen gesammelt und Workshops und Kurse abgehalten werden. Außerdem wird es ein Ort der Begegnung zwischen Akteuren, Regierungsvertretern und Experten im Bereich von Good Governance sein.“

- Nana Baramidze, Wirtschafts- und Umweltreferentin

Zentrum in Bischkek: Privatsektor in Aktionsplan eingebunden

„Der Privatsektor ist der Motor der Wirtschaft, doch die Gesetze und Vorschriften, die die Wirtschaftstätigkeit in Kirgisistan regeln, sind weitgehend veraltet und inkohärent. Zusammen mit der Präsidialverwaltung entwickelte das Zentrum in Bischkek einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Korruption für die Jahre 2014 – 2017 und sorgte dafür, dass er sich nicht nur auf den öffentlichen Sektor sondern auch auf die Privatwirtschaft bezieht.“

- Julia Minaeva, Leitende Wirtschafts- und Umweltreferentin

Büro in Tadschikistan: Zivilgesellschaft bei Workshops vertreten

„Es gibt viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Tadschikistan, doch die meisten von ihnen haben nur eine vage Vorstellung davon, was man gegen Korruption tun kann. Deshalb lud das OSZE-Büro sie und tadschikische Behörden zu den Workshops und Seminaren ein, die es zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption, zum OECD-Aktionsplan von Istanbul und zu den nationalen Rechtsvorschriften für die Bekämpfung von Korruption veranstaltet. Die Teilnehmer zeigten echtes Interesse, brachten ihre Anliegen zum Ausdruck und machten Vorschläge zur Korruptionsprävention.“

- Martina Schmidt, Leitende Referentin für Korruptionsbekämpfung

Projektkoordinator in Usbekistan: Unterstützung bei gegenseitiger Evaluierung (Peer Review)

„Korruption stellt eine Bedrohung für die Sicherheit dar und so unterstützt der Projektkoordinator in Usbekistan die usbekischen Behörden bei Maßnahmen zur Förderung der Integrität im öffentlichen Dienst. Wir bemühen uns außerdem, Usbekistan bei der Einhaltung der UN-CAC-Standards und der Anwendung des Peer-Review-Mechanismus nach dem OECD-Aktionsplan von Istanbul Hilfestellung zu leisten. Usbekistan ist zwar kein OECD-Mitgliedstaat, doch gehört es dem Anti-Korruptionsnetzwerk für Osteuropa und Zentralasien an und kann daher anhand dieses Mechanismus auf

Einhaltung der OECD-Standards geprüft werden.“

- Murod Chusanow, Nationaler Referent für Wirtschaft und Umwelt

Mission in Serbien

Korruptionsatlas

„Den Zuschlag für einen Regierungsauftrag zu erhalten, kann eine äußerst lukrative Sache sein, und das öffentliche Beschaffungswesen ist ein berüchtigter Nährboden für Korruption. Der von der OSZE-Mission in Serbien entwickelte Korruptionsatlas für öffentliche Vergabeverfahren ist ein nützlicher Wegweiser zu den zahlreichen Schlupflöchern, die die öffentliche Verwaltung so anfällig für Missbrauch machen.

Die serbische Regierung nützte den Korruptionsatlas zur Ausarbeitung des 2013 erlassenen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, durch das die Transparenz, Effizienz und Beaufsichtigung des serbischen öffentlichen Vergabeprozesses und die Funktionsweise des Berufungsverfahrens für Bieter erheblich verbessert wurden.

Der Korruptionsatlas wird auch zur Fortbildung von Polizeibeamten und Staatsanwälten verwendet. Die darin aufgezeigten 22 Schwachstellen werden nicht nur theoretisch aufgezählt, sondern jeweils durch ein Beispiel aus der Praxis verdeutlicht. Der Atlas steht auf Serbisch und seit 20. November 2014 auch auf Englisch zur Verfügung.

www.osce.org/serbia/126843 ■

- Mato Meyer, Berater für wirtschaftliche Transparenz



DIE UNSICHTBAREN KOSTEN DER KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

VON

Ivan Krastev

KORRUPTION GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT EINES LANDES UND SEINER GESELLSCHAFT. Sie ist eine Bedrohung für die Wirtschaft. In einem korrupten Land investiert die Regierung lieber in Projekte mit dem höchsten Korruptionspotenzial, anstatt auf das Entwicklungspotenzial zu achten. Sie wird zum Beispiel nicht in Bildung, sondern eher in Bauvorhaben investieren. Korruption ist auch eine Methode, um Einfluss auszuüben. Immer ist irgendein Geheimnis im Spiel. Wenn Staatsbeamte oder Politiker von einem Privatunternehmen Geld annehmen, kann sie dieses Unternehmen zum eigenen Vorteil unter Druck setzen.

Wird zu viel von Korruption geredet, kann das auch gefährlich sein. Dadurch wird das Vertrauen der Menschen in die Regierung zerstört und deren Legitimität beschädigt, oder es wird gezielt benutzt, um einen ohnehin schwachen Staat weiter zu schwächen. Die Leute wittern hinter jedem Problem gleich Korruption und fühlen sich machtlos im Hinblick auf die Entwicklung ihres Landes.

Manchmal kommen Anti-Korruptionsstrategien teurer als die Kor-

Schwarzmarkt war einer der wenigen Orte, wo der einfache Bürger Waren kaufen konnte, die ansonsten nicht verfügbar waren. Seltsamerweise kann Korruption auch ein positiver Faktor in Gesellschaften sein, die ethnisch tief gespalten sind, da sie eine Art Netzwerk zwischen den ethnischen Gruppen entstehen lässt. Daher kann es gefährlich sein, Korruption aus ihrem Zusammenhang zu reißen.

Ich glaube allerdings nicht, dass Korruption in der einen Gesellschaft

Korruption ist ein weit verbreitetes Problem, aber es gibt keinen weltweit gültigen Mechanismus gegen sie. In jedem Land stellt sie sich anders dar. Mancherorts ist das größte Problem die ganz alltägliche „Kleinkorruption“ in der Verwaltung, in anderen Ländern gibt es politische Korruption im großen Maßstab. Und dann gibt es die Korruption, die durch ausländische Unternehmen und Mächte eingeschleppt wird. Damit eine Anti-Korruptionskampagne funktioniert,

„Manchmal kommen Anti-Korruptionsstrategien teurer als die Korruption, die sie unterbinden sollen.“

ruption, die sie unterbinden sollen. Regierungen können so besessen sein von dem Gedanken, etwas könnte nach Korruption aussehen, dass sie Entscheidungen treffen, die nicht der Gesellschaft dienen, sondern sie selbst gut aussehen lassen.

Regierungen glauben oft, dass sie eher wiedergewählt werden, wenn sie sich dem Kampf gegen Korruption verschreiben. Aber paradoxerweise werden Regierungen, die viel von Korruptionsbekämpfung reden, als korrupter wahrgenommen, als sie eigentlich sind. Die Wahrnehmung von Korruption wird erheblich stärker von der Medienberichterstattung als durch persönliche Erfahrung beeinflusst. Das kann dazu führen, dass echte Reformen zur Bekämpfung der Korruption nicht greifen.

Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die zeigen, dass Korruption in einer Gesellschaft eine Methode zur Umverteilung von Wohlstand ist, wenn der Staat selbst nicht dafür sorgt. Kommunistische Gesellschaften sind ein gutes Beispiel dafür. Der

notwendig ist und in der anderen nicht. Das ist keine Frage der Kultur. Die staatliche Verwaltung in Georgien war zur Sowjetzeit berüchtigt für ihre Korruption; heute ist Georgien im Vergleich zu anderen postsowjetischen Staaten ziemlich sauber.

Die internationalen Bemühungen gegen die Korruption verstehen sich als eine Art Kontrollmechanismus für die nationalen Regierungen. Und das hat in vielen Fällen funktioniert. Ende der 1990er Jahre war die Korruptionsbekämpfung das wichtigste Instrument der Schwachen im Kampf gegen die Mächtigen. Die Mächtigen können die Korruptionsbekämpfung aber auch zu politischen Zwecken missbrauchen, um ihre Gegner auszuschalten, indem sie ihnen Unterschlagung oder andere Arten von Betrug unterstellen. Im Gegensatz dazu, versuchen sich internationale Korruptionsbekämpfer aus der Politik herauszuhalten, da sie daraus ihre Legitimität beziehen. Aber es ist außerordentlich schwer, die Korruption wirksam zu bekämpfen, wenn alle anderen sie zum politischen Instrument machen.

muss man Folgendes verstehen: wie die Korruption in einem Land strukturiert ist und wie die Gesellschaft zur Korruptionsbekämpfung steht – was ganz wichtig ist.

Wir dürfen niemals vergessen, dass Anti-Korruptionsstrategien ein Werkzeug, nicht das Ziel sind. Das Ziel ist eine effiziente Regierung. ■

Ivan Krastev ist ein bulgarischer Politologe. Er leitet das Zentrum für liberale Strategien in Sofia und ist Permanent Fellow des Wiener Instituts für die Wissenschaft vom Menschen. Der Artikel beruht auf einem Gespräch mit Julia Samus von der OSZE-Abteilung für Kommunikation und Medienbeziehungen.



Weiterführende Literatur:

Ivan Krastev, *Shifting Obsessions: Three Essays on the Politics of Anticorruption* (Central European Press, 2004)



Für einen neuen Mittelmeerraum

Foto: Nicolás Villarreal Kwasek

DIE OSZE-TEILNEHMERSTAATEN setzen seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki vor nahezu 40 Jahren auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Mittelmeerraum. Ereignisse der jüngsten Vergangenheit – der Arabische Frühling, gewalttätige Konflikte in Libyen und Syrien, die Flüchtlingskrise in Syrien und die von der Bewegung „Islamischer Staat“ ausgehende Bedrohung – lassen keinen Zweifel mehr aufkommen, dass die Sicherheit in der OSZE-Region eng mit der des Mittelmeerraums verknüpft ist.

Das vor kurzem gegründete Forschungsnetz New-Med will dem Dialog zwischen der OSZE und den Mittelmeerländern einen neuen Impuls geben und veranstaltete zu diesem Zweck am 18. September 2014 in Rom sein erstes großes internationales Seminar „Auf dem Weg zu Helsinki+40: die OSZE, der globale Mittelmeerraum und die Zukunft der kooperativen Sicherheit“. Fünf Mitglieder von New-Med gehen auf einige Aspekte der Debatte ein.

” Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Absicht, die Kontakte und den Dialog mit den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten unter Einschluss aller Staaten des Mittelmeerraums aufrechtzuerhalten und zu verstärken, mit der Absicht, zum Frieden, zur Verminderung von Streitkräften in der Region, zur Festigung der Sicherheit, zur Verringerung der Spannungen in der Region und zur Ausweitung des Umfangs der Zusammenarbeit beizutragen. ”

Schlussakte von Helsinki, 1975



Der Dialog mit dem Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit

von Monika Wohlfeld

In der Schlussakte von Helsinki 1975 wird festgestellt, dass die Sicherheit in Europa mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist. Sie stellt einen Dialog mit allen Mittelmeerstaaten in Aussicht. Im Laufe der Zeit wurde eine Struktur für den Dialog mit einigen Staaten der Region geschaffen, den sogenannten Kooperationspartnern Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien. Sie können den Beratungen der Teilnehmerstaaten als Beobachter beiwohnen und an einigen operativen Aktivitäten teilnehmen. Aber trotz dieser Erfolge ruft der Prozess auf allen Seiten Frustration hervor: Er scheint im Ritual zu erstarren, anstatt auf die Ereignisse vor Ort einzugehen. Der Dialog, der die gesamte Region einbinden sollte, kam nicht zustande.

Das 40Jahr-Jubiläum der OSZE nächstes Jahr ist die Gelegenheit zu einem neuen Blick auf die Beziehungen zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum angesichts der historischen Entwicklungen in der Region. Dazu möchte ich folgende Empfehlungen abgeben:

Vertiefung des Dialogs. Verstärktes Zugehen auf die Zivilgesellschaften, die Jugend, Journalisten und Lehrer; Hebung des Bekanntheitsgrads der OSZE und Würdigung ihres potenziellen Beitrags. Die New-Med-Initiative, die beiderseits des Mittelmeers ein Netz von Wissenschaftlern aufbauen will, um den aktiven Austausch über die Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region zu

fördern, könnte die richtigen Impulse dazu geben. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE unterhält bereits Kontakte zu Parlamentariern im Mittelmeerraum.

Ausweitung des Dialogs. Formelle oder informelle Einbeziehung weiterer Staaten im südlichen Mittelmeerraum und engere Verbindungen zu regionalen Organisationen wie der Liga der arabischen Staaten und der Afrikanischen Union und später vielleicht auch zu den Golfstaaten und dem Iran.

Erhöhung der operativen Effizienz. Vereinfachung der Regeln für Aktivitäten in den Partnerstaaten; Bereitstellung von Startkapital für Projekte und Aktivitäten im OSZE-Gesamthaushalt; strukturelle Reform des Dialogs mit den Kooperationspartnern (Kontaktgruppe und OSZE-Mittelmeerkonferenzen). Es muss eine bessere Verbindung zwischen diesen Strukturen und dem Ständigen Rat geben und eine bessere Nachbearbeitung der Veranstaltungen und Aktivitäten mit Partnerstaaten quer durch die Organisation. Auch die operative Zusammenarbeit und Koordination mit anderen im Mittelmeerraum tätigen europäischen Organisationen bedarf der Verbesserung.

Eurozentrismus reduzieren. Stärkung der Eigenverantwortung der Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Übertragung des Vorsitzes oder Kovorsitzes zu bestimmten Aspekten des Dialogs, gegebenenfalls Zuweisung einer Rolle im Entscheidungsprozess in Angelegenheiten, die sie direkt betreffen.

Wenn das Engagement der OSZE im Mittelmeerraum ergebnisorientierter und effektiver werden soll, müssen die Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner die Vision der Zusammenarbeit in und mit der gesamten Region im Geiste von Helsinki wieder aufleben lassen.

Dr. Monika Wohlfeld ist Inhaberin des deutschen Lehrstuhls für Friedensforschung und Konfliktverhütung an der Mittelmeerakademie für diplomatische Studien MEDAC in Malta.



Weiterführende Literatur:
Monika Wohlfeld, „OSCE’s Mediterranean Engagement on the Eve of the 40th Anniversary of the Helsinki Final Act“, New-Med Research Network Paper Series (International Affairs Institute, 2014).



Der Konnex Sicherheit und Governance

von Richard Youngs

Die Schwierigkeit, den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Governance richtig zu verstehen, erklärt zumindest zum Teil die aktuellen Probleme mit den Strategien der Europäischen Union im gesamten Nahen Osten. Die Auseinandersetzung mit diesem Konnex könnte die Nische sein, in der die OSZE ihre Rolle im Mittelmeerraum ausspielen kann.

In den Anfängen des Arabischen Frühlings 2011 versprachen europäische Regierungen immer wieder, eine verstärkt reformorientierte Politik in der Region verfolgen zu wollen. Doch nun, da sie mit der Abwehr der von der Bewegung „Islamischer Staat“ ausgehenden Bedrohung befasst sind, machen sie im Nahen Osten eine Kehrtwendung zurück zur Strategie „Sicherheit zuerst“. Ihr Fokus liegt auf militärischer Einhegung und der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung mit Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, Ägypten und anderen. Politische und wirtschaftliche Reformen laufen Gefahr, erneut unter den Tisch zu fallen.

Offiziell betonen die europäischen Regierungen, dass eine Rückkehr zu der von der EU vor 2011 praktizierten Annäherung an Diktatoren wie Bashar al-Assad in Syrien kein tragfähiger Sicherheitsansatz sei. Doch sie haben große Schwierigkeiten, eine bessere Synthese zwischen der Sicherheits- und der Reformagenda zu finden.

Die Politik war vor dem Arabischen Frühling zu sehr auf Einhegung ausgerichtet und zu stark von Anliegen und Initiativen zur Terrorismusbekämpfung bestimmt. Als der Arabische Frühling begann, verpflichtete sich die EU zur Unterstützung der Reformen. Doch dabei nahm sie wenig auf deren Auswirkungen auf geostrategische Fragen Bedacht – wie Reform und Geopolitik einander symbiotisch bedingen.

Genau darum geht es nun. In den derzeit außerordentlich schwierigen Verhältnissen ist Sicherheitskooperation unverzichtbar. Wenn sie jedoch zum zentralen Element der europäischen Außenpolitik wird, zementiert sie genau jene Machtverhältnisse, die die Radikalisierung befördern. Sie läuft Gefahr, die Krankheit, die sie heilen soll, zu verschlimmern.

Es wäre blauäugig, wollte man heute auf Reformen ohne Sicherheitskooperation abstellen. Ein Fokus auf Sicherheit ohne Reformen ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Daher ist es dringend notwendig, den kausalen Zusammenhang zwischen diesen beiden Dimensionen des Wandels zu verstehen.

Als eine Organisation, deren Mandat sich sowohl auf Sicherheit als auch auf politische Reform erstreckt, könnte sich die OSZE mit dieser Frage befassen und einen nützlichen Beitrag dazu leisten.

Dr. Richard Youngs ist Senior Associate des Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsprogramms von Carnegie Europe.



Weiterführende Literatur:

Richard Youngs, *The Uncertain Legacy of Crisis* (Carnegie, 2014)

Richard Youngs, *Europe in the new Middle East* (Oxford University Press, 2014)



Kann der Helsinki-Prozess als Vorbild dienen?

von Sharon Pardo

Fast 40 Jahre sind seit Beginn des Helsinki-Prozesses vergangen. Heute kann man ihn mehr denn je als Modell sehen, an dem sich die euro-mediterranen Beziehungen orientieren können. Das gilt vor allem für die Entwicklung von einer Konferenz – der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki – zu einem System politischer Konsultationen und schließlich zu einer Reihe von ständigen Institutionen mit operativen Fähigkeiten.

Das KSZE/OSZE-Modell mag nicht perfekt sein, doch hat es für die Aufrechterhaltung der europäischen Ordnung in der Zeit nach dem Kalten Krieg eine wichtige Rolle gespielt. Es verfügt über wirksame Instrumente, Rahmenbedingungen, Mechanismen und Institutionen für kooperative Konfliktlösung, von denen die euro-mediterrane Gemeinschaft lernen kann. Einige davon, etwa der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, eignen sich gut als Vorbild für den Aufbau von Vertrauen zwischen Nachbarn im Mittelmeerraum, da sie gemeinsame Interessen in den Vordergrund stellen, Kommunikationskanäle eröffnen, Blockierungen lösen und die Sicherheit in der Region fördern.

Trotz der langen Erfahrung der von den Außenministern von 12 Mittelmeerstaaten und den damals 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1995 ins

Leben gerufenen Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (Barcelona-Prozess) fehlt der heutigen Union für den Mittelmeerraum nach wie vor ein institutioneller Rahmen mit normativem Anspruch und einem tragfähigen Mechanismus für politischen Dialog. Die Flexibilität der Union für den Mittelmeerraum ist zwar für den Umgang mit wechselseitigen Abhängigkeiten in der Region nützlich, doch aufgrund ihres schwachen institutionellen Rahmens können Partner ihre kurzfristigen Partikularinteressen praktisch ad infinitum weiterverfolgen. Daher sollte das schwache institutionelle Modell der Union für den Mittelmeerraum neu gestaltet und verstärkt werden. Das OSZE-Modell einer institutionellen Ordnung „light“ könnte als Vorbild für eine neue Form des politischen und wirtschaftlichen Regionalismus dienen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Die OSZE-Strukturen können nicht eins zu eins auf die euro-mediterrane Region übertragen werden. Ziel des Helsinki-Prozesses war es, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und das System der Détente zu erhalten; die Herausforderung für eine Institutionalisierung in der euro-mediterranen Region besteht darin, einen Wandel in der Region zu bewirken. Der Helsinki-Prozess mag sich als Modell für die Schaffung eines Sicherheitsregimes und für die Institutionalisierung eignen, kann jedoch letzten Endes nicht mehr als ein Ansporn sein.

Dr. Sharon Pardo ist Inhaber eines Jean-Monnet-Lehrstuhls ad personam für Europäische Studien am Institut für Politik und Regierung und Vorsitzender des Centre for the Study of European Politics and Society (CSEPS) an der Ben-Gurion-Universität des Negev.



Tunesien: Demokratisierung auf Kurs

von Ahmed Driss

Am 26. Januar 2014 gab sich Tunesien mit den Stimmen von 200 der 217 Abgeordneten zur Nationalversammlung eine demokratische Verfassung. Diese überwältigende Mehrheit beweist den breiten Konsens zu diesem Grundlagendokument.

Dem waren zweieinhalb Jahre heftigen Ringens vorausgegangen, in denen zwei politische Morde verübt wurden, auf die zwei schwere politische Krisen folgten, die zwei Regierungen zum Sturz brachten. Erst dann wurde den Politikern klar, wie wichtig und notwendig der Dialog ist. Mithilfe der Zivilgesellschaft mit dem tunesischen Gewerkschaftsbund an der Spitze versammelten sie sich am Tisch des „nationalen Dialogs“ und fanden einen Ausweg aus der Krise, womit eine wichtige Phase des Übergangs zur Demokratie abgeschlossen war. Die neue Verordnung stützt sich überwiegend auf die Rechtsstaatlichkeit, anerkennt die Universalität der Menschenrechte und die Unverletzlichkeit der Grundfreiheiten und sieht Gewaltenteilung und Machtausgleich vor.

Nun geht das Land in die zweite Phase: die Einrichtung der mit der Verfassung geschaffenen Institutionen und die Wahl seiner politischen Führer für die nächsten fünf Jahre.

Die Wahl zur Nationalversammlung fand am 26. Oktober, die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. November statt.

Wird es den Tunesiern gelingen, ihre junge Demokratie zu festigen? Ja, ohne jeden Zweifel. Alle politischen Akteure scheinen zutiefst davon überzeugt, dass Wahlen zwingend notwendig sind und dass die Zukunft einzig und allein im Pluralismus liegt.

Dennoch warten auch auf diesem Weg Fallstricke und Gefahren, selbst wenn man von den beträchtlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen absieht. Machtpolitik bleibt eine Versuchung, und die demokratische Kultur ist in der politischen Klasse noch nicht fest verwurzelt. Doch der durch ihre Erfahrungen und ihren Erfolg in der ersten Phase des Übergangs gestärkten Zivilgesellschaft wird es gelingen, ein Gegengewicht zu bilden und dafür zu sorgen, dass Politiker die richtigen Entscheidungen treffen und richtig handeln.

Dr. Ahmed Driss ist Exekutivdirektor des Zentrums für mediterrane und internationale Studien in Tunis.



Helfer aus Leidenschaft

von Thomas Vennen

Im Dezember 2011 veranstaltete das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) im Vorfeld des Ministerrats eine große Konferenz für die Zivilgesellschaft im Mittelmeerraum in Wilna. Es war die Zeit des Arabischen Frühlings. Die fast 70 Teilnehmer kamen aus allen OSZE-Partnerländern im Mittelmeerraum oder repräsentierten zivilgesellschaftliche Organisationen aus der OSZE-Region. Die Veranstaltung beflügelte uns alle. Die Hoffnung und Begeisterung der Vertreter aus den Mittelmeerländern, vor allem aus Ägypten und Tunesien, war ansteckend. Es wurde lebhaft über Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und politische Partizipation diskutiert, und die Teilnehmer waren begierig, ihr Wissen und ihre Erfahrung auszutauschen. Am Ende der Konferenz lag eine lange Liste von Empfehlungen zur Weiterleitung an den Ministerrat vor. Zwei Tage später beschlossen die Teilnehmerstaaten, den Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit ihren Mittelmeerpartnern auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Konferenz war eine gute Gelegenheit für das ODIHR, eine klarere Vorstellung davon zu bekommen, wie wir bestmöglich zu den Entwicklungen im Mittelmeerraum beitragen können. Von einigen unserer Mittelmeerpartner, vor allem Tunesien, zu kreativem Denken

ermutigt, erstellten wir einen Kooperationsrahmen für die Jahre 2012 bis 2015, der auch eine Liste von Bereichen enthielt, in denen wir Expertise anbieten können.

Was hat das ODIHR anzubieten? Zuallererst die gesammelten Erfahrungen der OSZE mit Übergangs- und Transformationsprozessen, nicht nur das in unserer eigenen Arbeit in Warschau erworbene Wissen, sondern auch jenes der vielen Feldoperationen der OSZE. Wir verfügen über umfangreiches Fachwissen zu bestimmten Themen, das nicht nur in der OSZE-Region, sondern in vielerlei Hinsicht universell nutzbar ist. Unsere Wahlbeobachtungsmissionen sind nur die Spitze des Eisbergs. Wir widmen uns auch dem Schutz der Menschenrechte und der Stärkung demokratischer Institutionen. Als Tunesien begann, neue Gesetze und Rechtsvorschriften zu Justiz, Versammlungsfreiheit und Terrorismusbekämpfung auszuarbeiten und seinen Menschenrechtsrat und seine Wahlbehörde umzustrukturieren, wandten sich die Behörden an das ODIHR. Wir halfen mit Ratschlägen und Rechtsgutachten, die alle von der tunesischen Regierung mit Dank angenommen und in weiterer Folge berücksichtigt wurden.

Was haben wir sonst noch getan? Wir haben Beratung zu Parteienfinanzierungsfragen erteilt und Schulungskurse in Berichterstattung über Wahlbeobachtung für die Zivilge-

sellschaft abgehalten. Wir haben Übersichten zur Verfügung gestellt, unter anderem über die polnische Erfahrung mit Lustration (d. h. der Entfernung politisch belasteter Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst) und über die Erfahrung der OSZE mit Rechtsvorschriften gegen häusliche Gewalt.

Wir haben eine Website in Arabisch angelegt und 17 unserer wichtigsten Veröffentlichungen ins Arabische übersetzen lassen. Die tunesische *Ecole d'études politiques* hat uns eingeladen, Kurse über politische Partizipation abzuhalten. Und wir haben Vertreter aus den Mittelmeerstaaten zu unseren Schulungsveranstaltungen für Kurzzeitbeobachter eingeladen. In den vergangenen drei Jahren nutzten insgesamt fast 1000 Teilnehmer aus Tunesien und anderen Partnerstaaten im Mittelmeerraum unsere Angebote.

Diese Aktivitäten haben uns gezeigt, wie wertvoll der interregionale Austausch und die gegenseitige Befruchtung durch Ideen und Erfahrungen ist. Deshalb laden wir nun Vertreter unserer Mittelmeerpartner zu allen Implementierungstreffen und Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension ein. Anfang des Jahres haben wir außerdem junge Leute aus der Mittelmeerregion zu unserem Jugendforum eingeladen.

Es gibt viele bewährte Verfahren, die von der OSZE-Region in die Mittelmeerländer und – wen wird es überraschen – auch in die umgekehrte Richtung übertragen werden

können. Aber das Wichtigste dabei ist, dass sich die Mittelmeerpartner selbst für die Zusammenarbeit zuständig fühlen. Wir werden nur auf Einladung tätig und leisten Beiträge zu Unternehmungen, die im Land bereits im Gange sind.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Kooperationspartner im Mittelmeerraum erfahren, was wir anzubieten haben. Unterstützung zu bieten, ist unserem Büro ein Herzensanliegen. Wenn wir Ersuchen aus Partnerländern im Mittelmeerraum erhalten, scheuen wir keine Mühe.

Thomas Vennen ist Leiter der Abteilung Demokratisierung im OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte.

Was meinen sie?

Welche Rolle werden Naturkatastrophen künftig für unsere Sicherheit spielen?

Resilienz ist der Schlüsselbegriff

Mit der Zunahme des geofaktoriellen Drucks und der davon ausgehenden Dynamik werden Naturkatastrophen auch in Zukunft unsere Sicherheit beeinträchtigen. Wie gravierend sie sich auswirken werden, bleibt natürlich eine offene Frage, deren Beantwortung von unseren Schwachstellen, der Größenordnung der fraglichen Ereignisse und dem Zeitpunkt abhängen, zu dem sie eintreten werden.

Resilienz ist daher der Schlüsselbegriff. In unserem Institut verstehen wir darunter, wie schnell wir nach einer Erschütterung wieder auf die Beine kommen und darauf reagieren. Wir täten gut daran, uns um ein besseres Verständnis dafür zu bemühen, wie die Resilienz des Einzelnen und des Kollektivs gestärkt werden kann. Daran müssen wir in und außerhalb Europas weiterarbeiten, nicht nur, um im Fall einer Naturkatastrophe gewappnet zu sein, sondern um ganz allgemein besser auf das vorbereitet zu sein, was die Zukunft für uns bereithält.

-Adam D. M. Svendsen, Kopenhagener Institut für Zukunftsstudien, Dänemark

Im OSZE-Café in Straßburg fragten wir am 3. Oktober 2014 anlässlich des Weltforums für Demokratie des Europarats: Wie können sich Jugendliche für Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen?

In Echtzeit handeln

Die sozialen Medien sind ein Werkzeug, keinesfalls Selbstzweck. Sie können ein tödliches Werkzeug sein, das Regierungen stürzen lassen kann, wie das im Arabischen Frühling der Fall war, doch können sie auch ablenken, Verwirrung stiften oder abstumpfen lassen. Wie Wärme oder Strom leitendes Metall sind die sozialen Medien Leiter von Ideen, und wenn auf diese keine Taten folgen, dann erkalten die Ideen wie das Metall, ebenso wie die Hoffnung, die Zukunft zu verändern.

Im wahren Leben gibt es keine Facebook-Seite, auf der mit einem einfachen Like Gerechtigkeit geschieht; politische Konzepte haben keine Wikipedia-Seiten, auf denen man Inhalte verändern kann, und Regierungsbeamte antworten nicht

immer auf ihre E-Mails. Daher muss man im richtigen Leben handeln, in Echtzeit, wo immer es nottut. Digitale Präsenz ist unumgänglich, darf jedoch niemals die physische Präsenz zur Gänze ersetzen. Daher: bringt eure Computer, bringt eure Smartphones, Kameras, Kassettenrekorder, aber vergesst niemals eure Transparente, eure Pinsel, eure Farben und vor allem: bringt euch selbst ein.

-Alexander Vélez Burgos, Syracuse University Straßburg, Frankreich

Wem gehört denn diese Welt?

Die Welt, in der ich lebe, ist angstfrei. Es gibt keinen Krieg, keine Gewalt, keinen Hunger; ich kann offen sprechen und lieben und glauben, wie es mir gefällt. Doch sie hat einen Preis.

Diese Welt schickt unsere Kriege an Orte, die ich nie sehen werde, lässt Menschen verhungern, denen ich nie begegnen werde. Die ohrenbetäubenden Stimmen meiner Welt übertönen jene, die zu schwach sind, um nach Hilfe zu rufen, zu verloren, zu gebrochen, um aus den Schatten herauszufinden, die meine Welt über sie geworfen hat.

Kann die Kluft zwischen diesen beiden Welten überbrückt werden, damit man die Stimmen junger Menschen, die nicht aus meiner Welt kommen, hören kann? Kann die OSZE etwas dazu tun?

Meine Antwort ist einfach. Die OSZE muss die Hand ausstrecken, in die Leere, in die unbekannte und beängstigende Welt, in der Wörter wie Krieg und Gewalt, Hunger, Instabilität und Angst keine leeren Wörter sind. Sie muss sich von dem Gedanken verabschieden, dass die Fragen und Probleme dieser Welt von außen gelöst werden können, von jungen, gebildeten Köpfen, die nichts von den Schrecken wissen, die sich hinter den Wörtern in ihren Lehrbüchern, den Videobeiträgen in

den Nachrichten und Medienberichten verbergen, in denen diese beiden Welten einander so nahe kommen, dass sie eins zu werden scheinen.

-Amanda DeNardo, Syracuse University
Straßburg, Frankreich

Das Zentralasiatische Jugendnetzwerk der OSZE (CAYN) beging dieses Jahr sein zehnjähriges Bestehen mit seinem jährlich stattfindenden Seminar, das vom OSZE-Zentrum in Astana vom 26. bis 28. August in Almaty veranstaltet wurde. Wir fragten die Teilnehmer: Wie hat CAYN dein Leben verändert?

CAYN hat mein Leben stark verändert. Das Zusammensein mit brillanten und klugen jungen Menschen aus verschiedenen Ländern zwingt dich dazu, dich selbst weiterzuentwickeln. CAYN führt dich in ein wunderbares Netz hervorragender Experten, Politiker, Wissenschaftler und vieler anderer äußerst interessanter und einflussreicher Personen.

-Manutscher Salohudinow, CAYN 2011,
Tadschikistan

Für mich ist CAYN nicht nur eine Gelegenheit zur Vernetzung, sondern auch der Schlüssel, um die klischeehaften Vorstellungen von einander über Bord zu werfen, Freundschaften zu schließen und die menschlichen Werte, die wir in Zentralasien haben, zu fördern, denn wir sind einander in unserer Denkweise und

Lebensart überaus ähnlich.

-Dilfusa Kurolova, CAYN 2010, Usbekistan

„Maih“, sagte ein Freund aus Afghanistan, als er mir eine Postkarte in die Hand drückte. Ich war sprachlos. „Da hast du“, sagte er auf Mongolisch; die vertraute Redewendung aus dem Mund eines Ausländers in einem fremden Land zu hören, machte einen tiefen Eindruck auf mich. Ein Wort genügt manchmal, um uns klar zu machen, dass wir doch nicht so verschieden sind.

-Chischigdschagal Enchbayar, CAYN 2014,
Mongolei

Wenn wir etwas miteinander tun, entwickeln wir Verständnis füreinander, besseres Verständnis verstärkt die Zusammenarbeit, durch Zusammenarbeit schaffen wir Frieden und Stabilität in der Region.

-Aigerim Chafissowa, CAYN 2009, Kasachstan

Ich glaube, CAYN verhilft künftigen jungen Führungspersonlichkeiten in Zentralasien zu der Erkenntnis, dass keines unserer Länder in der Region ohne seine Nachbarländer erfolgreich sein kann, und woraus eine Freundschaft entsteht, aus der sich schon bald eine engere Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern entwickeln wird.

-Aizada Marat kyzy, CAYN 2010, Kirgisistan

CAYN hat mir nicht nur beträchtliches Sachwissen über für Zentralasien wichtige Fragen vermittelt, sondern – was noch wichtiger ist – mich gelehrt, dass selbst junge Leute durch ihre Begeisterungsfähigkeit und Mitsprache etwas verändern können.

-Selbi Durdiyeva, CAYN 2010, Turkmenistan

Die wichtigste Lehre, die ich aus CAYN mit nach Hause nehme? Dass in dieser Welt nichts unmöglich ist.

-Alireza Waheedi, CAYN 2013, Afghanistan

Letztlich geht es bei CAYN nicht nur um Wissenserwerb oder nützliche Kontakte – sondern um das Leben selbst.

-Dina Iglíkowa, CAYN-Projekt Koordinatorin,
Kasachstan

CAYN wurde 2004 in Usbekistan gegründet und soll Studierende mit den heutigen Bedrohungen der Sicherheit und der Rolle der OSZE bei ihrer Bewältigung vertraut machen. Weitere Stimmen aus dem Jugendnetzwerk finden sich unter www.osce.org/astana/116471



Ihre Meinung interessiert uns!

Was können wir gegen
Korruption tun?

Schreiben Sie uns:

oscemagazine@osce.org

DEM HASS

neue Methoden

ENTGEGENSETZEN

von Will Richard



Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina versucht gemeinsam mit örtlichen Gemeinschaften, Vorurteilen und Hass mit neuen Methoden entgegenzutreten.

DIE STADT ZVORNIK LIEGT IM NORDÖSTLICHEN BOSNIEN UND HERZEGOWINA am Westufer der Drina. Jenseits der Brücke ist Serbien. 1992 war Zvornik Schauplatz einer der ersten Operationen zur ethnischen Säuberung im Bosnien-Krieg. Die meisten bosnischen Muslime (Bosniaken), die damals die Mehrheit der Stadtbevölkerung bildeten, wurden entweder getötet oder in die Flucht getrieben.

Heute sind mehrere Tausend Bosniaken in die Gemeinde zurückgekehrt, mit ihrer Hilfe soll eine multiethnische Gemeinschaft wiedererstehen. Der Rückkehrprozess nach Zvornik war einer der erfolgreichsten im Land. Dennoch lässt Hasskriminalität die Region nicht zur Ruhe kommen und erschwert die Versöhnung.

Da gab es zum Beispiel den Zwischenfall im August 2013, der die örtliche Bevölkerung erschütterte: Ramadan, der heilige Fastenmonat des Islam, ging mit *Eid al-Fitr*, dem Fest des Fastenbrechens zu Ende. In den frühen Morgenstunden machten sich vier Bosniaken auf den Weg zum Morgengebet in der Moschee, als sie von einer Gruppe junger Serben aus einem Nachbarort überfallen wurden. Einer der vier, ein 73-jähriger Rückkehrer, wurde dabei schwer misshandelt.

Der erschreckende Überfall in Zvornik war einer von 11 Zwischenfällen, die in Bosnien und Herzegowina allein in diesem Monat gemeldet wurden. Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, die alle vorurteilsgeleiteten Gewalttaten im Land registriert, meldete insgesamt 185 derartige Angriffe auf Personen oder Sachwerte zwischen August 2013 und August 2014. In den meisten Fällen waren die Taten durch Vorurteile gegen die nationale, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit der Opfer motiviert.

„Es war offensichtlich, dass es neue Methoden brauchte“, sagt Pietro Sardaro, der Leiter der Abteilung Rechtsstaatlichkeit der Mission, der jahrelang mit den Justiz- und den Strafverfolgungsbehörden gegen Hasskriminalität angekämpft hat. „Die Gemeinschaften kennen die tieferen Ursachen am besten. Wir begannen, NGOs, Mitglieder der politischen Parteien und Medienvertreter dazu zu

ermuntern, sich auf lokaler Ebene zu Bündnissen gegen den Hass zusammenzuschließen und die Methode der „konstruktiven Verurteilung“ anzuwenden – das Umwandeln („Umschreiben“) von hasserfüllten Aussagen in Botschaften von Toleranz und Achtung.“

„Umschreiben“

Die Kunst der konstruktiven Verurteilung wurde durch das von der OSZE unterstützte örtliche Bündnis gegen den Hass in Zvornik veranschaulicht, das zum Zeitpunkt des Überfalls im August 2013 bereits existierte. Die Gruppe *Za pozitivan Zvornik* reagierte schnell und veröffentlichte eine Erklärung, in der sie die Behörden aufforderte, die Täter vor Gericht zu bringen, und ihre Mitbürger dazu aufrief, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass es in Zukunft nicht mehr zu derartigen Vorfällen kommt. Um ein Zeichen für ihr Eintreten gegen Gewalt und Hass zu setzen, besuchten Mitglieder der Gruppe – unter ihnen sowohl Bosniaken als auch Serben – das Opfer im Krankenhaus. Die entschlossene Reaktion des örtlichen Bündnisses half mit, die Spannungen nicht nur in Zvornik sondern auch andernorts, wo man das Eid-Fest beging, rasch wieder abzubauen.

Andere Gruppen im Land folgten dem Beispiel und verurteilten durch Vorurteile motivierte Vorfälle in ihren Gemeinden: *Tolerantni* in Foča, *Bunt protiv mržnje* in Bratunac und Srebrenica, *Tolerantno i pozitivno* in Doboj, *Zanemari razlike* in Novo Sarajevo und *Prva tolerancija* in Prijedor, eine Koalition, die hauptsächlich aus ehemaligen bosniakischen Internierten und serbischen Kriegsveteranen besteht.

Bisher haben sich 115 Organisationen

in 18 Gemeinden den Bündnissen gegen den Hass angeschlossen. Und sie setzen sich nicht nur verbal für ihre Anliegen ein. Sie erarbeiten gemeinsam mit den Kommunalbehörden Aktionspläne für kommunalen Zusammenhalt. Und sie organisieren Veranstaltungen zur Festigung gut nachbarschaftlicher Beziehungen, zum Beispiel ein Fußball- und ein Volleyballturnier am Hauptplatz der Stadt Vitez im Kanton Zentralbosnien, bei denen der Vorsteher des Gemeinderats die jungen Teilnehmer öffentlich zu Toleranz im Alltag aufrief.

Versöhnung noch nicht tragfähig

Werden die Bündnisse gegen den Hass etwas bewirken können? Es ist zu früh, um das zu beurteilen. Den zaghaften Stimmen der Toleranz schlägt nach wie vor häufig Zynismus entgegen. In Doboj zum Beispiel versuchten Mitglieder des örtlichen Bündnisses, beleidigende Graffiti zu übermalen, als sie von einer Gruppe radikaler Fußballfans beschimpft und bedroht wurden. In Sarajevo erfuhr das Bündnis vom geplanten Überfall auf Teilnehmer des Filmfestivals *Merlinka* und forderte umgehend die Behörden auf, etwas zu tun. Trotz aller Warnungen und Appelle kam es zu Übergriffen.

Im April dieses Jahres kehrte die interethnische Gewalt nach Zvornik zurück. Nach einem Streit in einer örtlichen Bar wurde ein 81-jähriger Bosniake von seinem serbischen Nachbarn mit einer Axt erschlagen. Einen Tag später überfiel ein Bosniake in der historischen Stadt Kraljeva Sutjeska ein älteres kroatisches Ehepaar in dessen Haus. Nach Wochen in kritischem Zustand erlagen beide schließlich ihren Verletzungen. Der Gerichtsprozess ist noch im Gange und es steht noch nicht fest, ob die Bluttat durch Vorurteile motiviert war. Die örtlichen Gemeinschaften sind jedenfalls der Ansicht, dass Vorurteile allgegenwärtig sind.

Fast zwanzig Jahre nach Kriegsende ist die Versöhnung noch immer nicht tragfähig.

„Das Bündnis gegen den Hass war ein kalkuliertes Risiko“, meint Sladjana Milunović von der Kontaktstelle der OSZE-Mission für Community Engagement. „Wir wussten, dass unsere Versuche, hassgeleitete Vorfälle zur Sprache zu bringen, vielleicht auf Skepsis, ja völlige Ablehnung stoßen würden. Aber wir wissen auch, dass die Empörung über das Schweigen und die politische Manipulation, von der solche Zwischenfälle oft begleitet sind, immer größer wird.“

Während die Protestwelle in Bosnien und Herzegowina im Februar dieses Jahres Ausdruck der öffentlichen Empörung über die gescheiterte Politik und das politische Nullsummenspiel war, bewies die Solidarität unter der Zivilbevölkerung während der Überschwemmungskatastrophe im Mai erneut, dass Menschen im ganzen Land in der Lage sind, sich zusammenzutun.

Im gegenwärtigen politischen und sozialen Umfeld in Bosnien und Herzegowina schließen sich immer mehr Bürger den Bündnissen gegen den Hass an ... gegen Vorurteil und Feindseligkeit und für ein Gemeinschaftsgefühl. Auch wenn man in diesen von Konflikten betroffenen Gebieten immer mit Rückschlägen rechnen muss, ist die Hoffnung ungebrochen, dass immer mehr Bündnisse entstehen, die auf die Gemeinschaften Einfluss nehmen. ■

Will Richard ist ein Leitender Informations- und Koordinationsreferent in der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina. Weitere Informationen über die Arbeit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina zur Bekämpfung der Hasskriminalität finden sich unter www.oscebih.org

WEITERE NEUERUNGEN

Der Hate Monitor

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina veröffentlicht jeden Monat eine neue Infografik mit den jüngsten Daten über durch Hass motivierte Straftaten. *Hate Monitor* informiert über Zwischenfälle, Opfer und Reaktionen sowie abgeschlossene Strafverfahren unter der Adresse:

hatemonitor.oscebih.org/



Super Citizens

An alle Einwohner von Bosnien und Herzegowina: Wer durch Vorurteile motivierte Gewalt, Verhetzung oder beleidigende Graffiti melden oder eine eigene Toleranzinitiative gründen will, schließt sich den *Super Citizens* an! *Super Citizens* (Supergradjanke/Supergradjani) ist die auf Crowdsourcing basierende Online-Plattform der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, die über durch Hass motivierte Vorfälle und wirksame Gegenmaßnahmen und Aktivitäten der Gemeinschaften berichtet. Besucht *Super Citizens* unter der Adresse:

www.supergradjani.ba/

OSZE-weite Berichterstattung über Hasskriminalität

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) sammelt Daten über Hasskriminalität in der ganzen OSZE-Region. Im September stellte es seine Website zu Hasskriminalität vor, die dank zahlreicher Querverweise nach Land und Motiv durchsucht werden kann. Die am 14. November veröffentlichten Daten für 2013 finden sich auf der Website:

hatecrime.osce.org

Empfehlenswerte Lektüre

Verkauft und versklavt

Es ist die sachliche Sprache, die die nur 69 Seiten lange Erzählung *The Embassy of Cambodia* von Zadie Smith über eine junge afrikanische Frau, die in London als Hausangestellte gehalten wird, so packend macht, mehr als es jedes Pathos könnte. Zum Beispiel, wenn die Protagonistin, deren Dokumente eingezogen wurden und deren Lohn zur Abdeckung ihrer Unterhaltskosten einbehalten wird, darüber nachdenkt, ob sie der Definition einer Sklavin entspricht, und zu dem Schluss kommt, dass sie keine ist: „Schließlich war es ihr Vater, kein Entführer, der sie von der Elfenbeinküste nach Ghana gebracht hatte und bei der Ankunft in demselben Hotel wie sie Arbeit gefunden hatte. Zwei Jahre später, sie war gerade achtzehn, war es wieder ihr Vater, der – unter beträchtlichen finanziellen Opfern – für sie die schwierige Weiterfahrt nach Libyen und von dort nach Italien organisiert hatte.“

Seit mehreren Jahren bemüht sich die OSZE, Licht in das weitgehend totgeschwiegene Thema der Zwangsdienstbarkeit und deren Auswuchs, die Sklaverei, zu bringen, wofür sie eine Reihe von Treffen veranstaltete. Zuletzt veröffentlichte die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels das Handbuch *How to prevent human trafficking for domestic servitude in diplomatic households and protect private domestic workers*. Darin wird erläutert, wie die Behörden Missbrauch feststellen können, und vorgeschlagen, mit welchen Strategien und politischen Maßnahmen Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen verhindert werden können, vor allem bei der Beschäftigung privater Hausangestellter in diplomatischen Haushalten.

Zadie Smith, *The Embassy of Cambodia*
 (Hamish Hamilton, 2013)



Basler Lächerli

Am 4. und 5. Dezember 2014 wird der OSZE-Ministerrat in Basel (Schweiz) zusammentreten. Vor vielen Jahrhunderten, man schrieb das Jahr 1431, trat ein anderes Consilium in Basel zusammen: das Konzil der katholischen Kirche. Das Große Schisma hatte die Kirche kurz zuvor in Ost und West gespalten und die Beratungen gestalteten sich schwierig. Ein Ergebnis des Konzils von Basel war die Wahl eines Gegenpapstes, mit dem die päpstliche Autorität in Rom herausgefordert wurde. Doch die Erörterungen waren auch außerordentlich bereichernd, etwa durch die Teilnahme des großen Humanisten Nicholas von Cusa, und führten im Jahr 1460 zur Gründung der Universität Basel. Der Legende nach sollte die einflussreiche „Herrenzunft zu Safran“ eine würzige Delikatesse für die hohen Gäste der Stadt kreieren. So entstanden die Basler Lächerli. Der Gegenpapst hielt sich kaum zwei Jahrzehnte, die Basler Lächerli erfreuen den Gaumen bis zum heutigen Tag.

500 g Honig	100 g Zitronat
300 g Zucker	200g gehackte Mandeln
2 TL Zimt	geriebene Schale einer Zitrone
2 Prisen geriebene Gewürznelken	1 1/2 dl Kirsch
½ TL Muskatnuss	700 g Mehl
100 g Orangeat	

Honig, Zucker und Gewürze langsam in einem Topf erhitzen und dann vom Feuer nehmen. Die kandierten Orangen- und Zitronenschalen, die Mandeln und die geriebene Zitronenschale dazugeben.

Mit Kirsch und Mehl einen weichen Teig kneten. Den warmen Teig 6 mm dick ausrollen und auf zwei be fettete Backbleche legen. Mehrere Stunden oder über Nacht ruhen lassen.

Bei 220 °C 15 bis 20 Minuten backen.

Glasur:

150 g Puderzucker in 1 dl Wasser ca. 5 Minuten aufkochen und sofort über den fertig gebackenen Teig gießen. In Quadrate schneiden und auskühlen lassen.



Aktuelle OSZE Publikationen

Sicherheitsfragen gehen alle an!

Was meint Ihr dazu?

Schreibt uns, schickt ein Foto, ein Video oder eine Tonaufnahme an quilt@osce.org

Plattform für junge Leute aus allen OSZE-Teilnehmerstaaten und -Partnerländern.

Wie nimmt man teil, wie funktioniert es?

1. Schritt: GESTALTEN

einen Text (höchstens 250 Wörter)

ein Foto

eine O-Tonaufnahme

ein Video (Dauer max. eine Minute)

2. Schritt: HOCHLADEN

Adresse: quilt@osce.org

3. Schritt: SUCHEN

Ihr findet QUILT unter: www.osce.org/magazine

4. Schritt: Wenn es nicht klappt, VERSUCHT ES NOCH EINMAL.

How to prevent human trafficking for domestic servitude in diplomatic households and protect private domestic workers. Herausgeber: Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels (Englisch)

OSCE Study on National Action Plans on the Implementation of the United Nations Security Council Resolution 1325. Herausgeber: OSZE-Sekretariat, Büro des Generalsekretärs/Abteilung Genderfragen (Englisch)

Hate Crime Data Collection and Monitoring: A Practical Guide. Herausgeber: ODIHR (Englisch)

Prosecuting Hate Crimes: A Practical Guide. Herausgeber: ODIHR und die Internationale Vereinigung der Staatsanwälte (Englisch)

The Death Penalty in the OSCE Area: Background Paper 2014. Herausgeber: ODIHR (Englisch)

Handbook On Observing and Promoting the Participation of National Minorities in Electoral Processes. Herausgeber: ODIHR/HKNM (Englisch)

Handbook on Promoting Women's Participation in Political Parties. Herausgeber: ODIHR (Englisch)

Safety of Journalists Guidebook (2nd edition). Herausgeber: OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit (Englisch/Russisch)

Guidelines on the Protection of Human Rights Defenders.

Herausgeber: ODIHR (Englisch/Russisch)

ODIHR – Enhancing Co-operation with the OSCE's Mediterranean Partners in the Human Dimension. Herausgeber: ODIHR (Englisch)**Baseline Study on Cross-Border Mobility in the OSCE Region.**

Herausgeber: ODIHR (Englisch)

Integrating Gender into Internal Police Oversight. Herausgeber:DCAF, ODIHR und die OSZE-Abteilung Genderfragen (Englisch/
Französisch/Bosnisch/Russisch)**Integrating a Gender Perspective into Oversight of the Security Sector by Ombuds Institutions and National Human Rights Institutions.** Herausgeber: DCAF, ODIHR und die OSZE-Abteilung Genderfragen (Englisch/ Französisch/Bosnisch/Russisch)**Integrating a Gender Perspective into Internal Oversight within Armed Forces.** Herausgeber: DCAF, ODIHR und die OSZE-Abteilung Genderfragen (Englisch/Französisch/Bosnisch/Russisch)

Sicherheitsgemeinschaft
Herausgegeben vom OSZEsekretariat
Abteilung Kommunikation und
Medienbeziehungen
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in
Englisch und Russisch, online in den
Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch
und Französisch unter
www.osce.org/magazine.

Die in den Artikeln vertretenen
Ansichten geben die Meinung der
Verfasser und nicht notwendigerweise
den offiziellen Standpunkt der OSZE
und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Redaktionelle Mitarbeit: Miroslava
Beham, Cathie Burton, Ursula Froese,
Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov,
Marcel Pesko, Desiree Schweitzer.

Gestaltung und Illustration:
Carlos Villarreal Kwasek

Druck: Ueberreuter

Das Magazin
„Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich
für die Entwicklung einer
Gemeinschaft von Menschen ein, die
sich der Förderung von Vertrauen und
Stabilität im gesamten OSZERaum
verschrieben haben. Schriftliche
Beiträge zu einzelnen Aspekten der
politisch-militärischen, ökonomischen
und ökologischen sowie der
menschlichen Sicherheit sind
willkommen (redaktionelle
Bearbeitung vorbehalten).

Welche Beiträge veröffentlicht
werden, liegt im Ermessen der OSZE.
Für veröffentlichte Beiträge wird kein
Honorar bezahlt. Schreiben Sie bitte
an: oscemagazine@osce.org.

Titelbild
Bewerber um die Macht ©
von Carlos Echeverría Kossak

Der polnisch-ecuadorianische
Künstler Carlos Echeverría Kossak ist
derzeit Koordinator am Fine Arts
Department der Universität San
Francisco in Quito (Ecuador).

